

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis vierteljährlich 1.50 Mark, monatlich 0.50 Mark.
Einzelhefte 0.10 Mark.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die deutschsprachige Kolonial-
seite oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und werblich-wirtschaftliche
Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 4. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Wirkung der Seesperre.

Nichts von Bedeutung — Russen vorstoß bei Belas — Artilleriekampf an Somme und Ma.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 3. Februar 1917. (B. L. B.)
Von keinem der Kriegsschauplätze sind Ereignisse von besonderer Bedeutung zu melden.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 3. Februar. Abends.
An der Somme und an der Ma zeitweilig Parkes Feuer.

Der österreichische Bericht.

Wien, 3. Februar 1917. (B. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Belas an der ungarischen Ostgrenze schlugen unsere Sicherungstruppen einen Vorstoß russischer Abteilungen zurück. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ein italienischer Flieger besetzte, ohne weiteren Schaden anzurichten, Redresina mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

Die Seesperre und die Neutralen Stimmen neutraler Sozialdemokraten.

Kristiania, 2. Februar. „Sozialdemokraten“ nimmt Stellung gegen mehrere Blätter, namentlich „Hjortskjoldstidende“, weil sie die norwegische Regierung zu scharfem Protest gegen die deutsche Seesperre-Erklärung aufgefordert hätten, was um, so unangebracht sei, da einen wesentlichen Anteil der Verantwortung für die Seesperre die neutralen Reeder selbst trügen, indem sie sich Deutschlands Feinden zur Verfügung gestellt hätten.

Der dänische „Social-Demokraten“ schreibt: „Es ist selbstverständlich die Absicht der Regierung, alles was zur Aufrechterhaltung der dänischen Produktion und zum größtmöglichen Umsatz sich tun läßt, zu unternehmen. Die Schwierigkeiten werden sehr groß sein, da Dänemarks Erwerbsebenen in so hohem Grade von der Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Rohlen sowie von der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte (Speck, Fleisch, Butter Eier usw.) abhängig ist.“

Im Interesse der Neutralität darf Dänemark den Wunsch hegen, so wie bisher mit den kriegsführenden Ländern in gleichem Umfange wie vor dem Kriege Handel zu treiben. Unser Handel mit Deutschland wird also vermutlich in der Art und im Umfang unverändert bleiben. Wenn die Ausfuhr nach England unmöglich gemacht wird, muß man versuchen, die betreffenden Waren im neutralen Ausland abzusetzen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, die größtmögliche Menge von Getreide und Futtermitteln aus Amerika zu beziehen.

Die Lage ist natürlich schwierig. Aber Dänemark hat früher verstanden, seine Produktion und seinen Handel nach den Verhältnissen zu regeln und dies wird es hoffentlich auch jetzt tun können. ... In erster Reihe gilt es, Ruhe und Festigkeit zu bewahren, gute Zusammenarbeit zwischen Regierung, Reichstag, Bevölkerung und Presse aufrechtzuerhalten.

Dann werden wir wohl auch durch diesen letzten Teil des fürchterlichen Weltkriegs mit den seitens beider kämpfenden Machtgruppen entfalteten kampfhaften Anstrengungen hindurchkommen.“

Deutsche Funkenhilfe für neutrale Reeder.

Die Wolffs Bureau erfährt, ist die Funkenstation Rancu den neutralen Reedern zur Unterstützung von Anweisungen an ihre unterwegs befindlichen Schiffe zur Verfügung gestellt worden. Die deutschen Behörden sind mit

allen Mitteln bemüht, die Neutralen in ihrem Bestreben, ihre Schiffe aus dem Sperrgebiet um England fernzuhalten, zu unterstützen.

England und die Neutralen.

Rotterdam, 3. Februar. (B. L. B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten halten die Engländer sämtliche neutralen Schiffe, welche in englischen Häfen liegen oder sich in englischen Gewässern befinden, zurück.

Deckt und fördert England nicht die Handelspolitik gegen das neutrale Griechenland? Trotzdem schreibt jetzt zum Beginn der deutschen Seesperre die „Westminster Gazette“: Unsere Aufgabe ist natürlich grimmig ernst, aber wir können kalten Kopf und unverbrüchliches Vertrauen zur Geschicklichkeit, zur Tapferkeit und zu den Hilfsquellen unserer Kriegs- und Handelsflotte bewahren. Unser Weg liegt klar vor uns. Es ist nicht an uns, den Neutralen zu diktieren, was sie tun sollen. Das Diktieren wollen wir den Deutschen überlassen, aber für die Neutralen und für uns liegt der Fall klar.

Wir hätten schon lange ...

Die „Times“ prüft Englands Vereinfachung.

Amsterdam, 2. Februar. Die „Times“ schreibt: „Das Publikum muß darauf gefaßt sein, daß selbst die ausgedehnte Ver- nichtung britischer und neutraler Schiffe durch deutsche U-Boote während der letzten Monate noch nicht die höchste Leistung darstellt. Das Publikum muß sich darauf gefaßt machen, der Lage, in der wir uns bald befinden können, sehr ernstlich ins Auge zu sehen. Deutschland hat zweifellos eine bedeutende Anzahl größerer, schnellerer und kräftigerer bewaffneter U-Boote gebaut.“ Das Blatt vermutet, daß diese noch nicht alle ausgefahren sind.

Was die Deutschen über eine U-Boot-Blockade sagen, Klinge nicht ganz übertrieben, wenn man sie mit der Rede von Brothoro vergleicht, worin er England mit einer belagerten Stadt verglich. „Wenn wir alles getan haben, um zur Produktion von Lebensmitteln anzuspornen und sie auszubreiten, dann werden wir noch mindestens drei Fünftel — vielleicht mehr — unserer Nahrungsmittel aus überseeischen Ländern beziehen müssen. Das Problem ist daher eines der ernstlichsten, wovon wir seit Beginn des Krieges gestellt sind.“

Das Blatt fährt fort: „Zum Verzweifeln ist, daß die Erfassung des deutschen U-Boot-Krieges in sehr ausgedehntem Maße lange vorher vorausgesehen und erwartet werden mußte. Wir hätten im vergangenen Winter anstatt jetzt erst versuchen müssen, unsere Nahrungsmittelproduktion im Binnenlande aufs höchste zu steigern. Wir hätten schon lange alles bereit machen müssen, um sämtliche Kauffahrtschiffe zu bewaffnen, eine große Anzahl Kanoniere für Kauffahrtschiffe auszubilden und viele andere Maßnahmen zur Bekämpfung der U-Boote treffen müssen, wofür es jetzt viel zu spät ist.“

Die Stimmung in Amerika.

London, 2. Februar. Nach einer Meldung der „Times“ aus New York vom 1. Februar gibt es außer den ausge- regteren Blättern auch eine ziemliche Anzahl von Zei- tungen im ganzen Lande, darunter die „Conservative Balti- more Sun“, die für eine abwartende Politik eintreten. Im Kongreß hat die vorsichtige Richtung eine kleine Mehrheit. Die einen neigen der Ansicht zu, daß der Präsident langsam vorgehen und seine Handlungen auf einen bestimmten Fall stützen müsse, die anderen sprechen selbst davon, daß man den Versuch vom vorigen Jahre wiederholen und einen Antrag zur Annahme bringen solle, daß den Amerikanern mitzuteilen sei, daß die Regierung für diejenigen, die auf ge- fährdeten Schiffen reisen, keine Verant- wortung übernehmen wird.

New York, 2. Februar. Die „United Press“ meldet: Das deutsche Blatt „Herold“ schreibt: Ein Krieg mit Deutsch- land würde für Amerika das größte Unglück sein. Es ist unsere Pflicht, die maßgebenden Personen, vor allen Dingen den Kongreß, davon zu überzeugen.

Der New Yorker Hafen gesperrt.

Aus New York wird laut Meldung des „Kokal-Anzeiger“ dem Exchange Telegraph gemeldet, daß das amerikanische Tor- pedoboot, das bei Sandy Hook Wachtdienste verricht, den Beschl erhalten habe, jedes neutrale oder einer kriegsführenden Macht gehörige Schiff am Auslaufen aus dem Hafen von New York zu verhindern.

Hinein in die Organisation!

In der Geschichte der Sozialdemokratie von Groß-Berlin ist der heutige 4. Februar ein entscheidungsreicher Tag. Heute konstituiert sich der Parteiverein für den zweiten Berliner Wahlkreis, und die anderen Kreise werden diesem Beispiel in kürzester Zeit folgen.

Die alten Organisationen der Partei waren unter den verwüstenden Wirkungen des Krieges dem wilden Jader und einer kaum noch zu verdeckenden Auflösung verfallen, und sie hatten schließlich die Fäden zerrissen, die sie mit der Parteigesamtheit verbunden. Nur der alte Wahlverein für Teltow-Bestow, von dem sich ein neuer als Organisation der Spartakuspartei losgelöst hat, ist der Fahne der Gesamtpartei treugeblieben.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands muß aber im ganzen Reiche über ein geschlossenes Netz von Organi- sationen verfügen, sie kann unmöglich ganze Organisations- gebiete an wildwachsende Sektiererguppen preisgeben, die ihre einzige Aufgabe darin erblicken, die Partei zu bekämpfen. Sie kann am allerwenigsten im Zentrum der politischen Aktion, in der Reichshauptstadt, eine eigene Organi- sation vermissen, sie muß vielmehr alles daran setzen, um hier wieder so stark und womöglich noch stärker zu werden, als sie es vor dem Kriege gewesen ist.

Das ist ein schwieriges Unternehmen, bis zu dessen Voll- endung manches Jahr vorübergehen wird. Schwere Kämpfe werden ausgefochten werden müssen, und das bitterste daran ist, daß sie gegen „Links“ zu führen sein werden. Seit den Kämpfen mit den „Jungen“, also seit einem Vierteljahr- hundert, war die Partei nicht mehr gewohnt, links einen irgendwie neunennswerten Gegner zu finden; mit geschläffener Kraft konnte sie gegen die Gegner von rechts anstürmen, die für eine vorwärtsdrängende, zukunftsreiche Partei doch stets die wichtigsten sind und bleiben werden.

Die Sozialdemokraten Groß-Berlins, die daran gehen, sich eine neue Organisation zu geben, wünschen nichts leb- hafter, als den Tag zu erleben, an dem die Partei wieder, unbehindert durch Störungen von links her, ihren Kampf gegen die alten Gegner aufnehmen kann. Ehen darum aber müssen jene Störungen überwunden werden. Je rascher, je gründlicher das geschieht, desto besser ist es für alle!

Erkenntnis ist eine bittere, aber heilsame Arznei. Den Führern der Parteierklärung muß die Erkenntnis beigebracht werden, daß sie die Massen nicht hinter sich haben! Was von jener Seite so oft über das Verhältnis zwischen Führern und Masse gesagt worden ist, das bekommt jetzt erst seine volle Giltigkeit. Die Massen, ja die Massen müssen den heillos verirrten Führern den Weg zeigen, den sie verloren haben: ihr Solidaritätsgefühl, ihre Organisationsstreue, ihr tief wurzelndes Bewußtsein innerer Zusammengehörigkeit muß wieder zusammenführen, was von jenen durcheinandergewirrt und auseinandergerissen worden ist, und die Spaltung kann so nur ein Mittel sein, um die Einheit der Arbeiter- bewegung auf einer höheren Stufe zu ver- wirklichen.

Warum die neue Organisation notwendig geworden ist, das geht aus dem Briefwechsel zwischen dem Parteivorstand und den organisationsstreuen Parteigenossen Groß-Berlins, den wir am letzten Freitag veröffentlichten, klar genug her- vor. Man hat in den alten Wahlvereinen den Parteigenossen verbieten wollen, ihre Pflicht gegenüber der Gesamtpartei zu er- füllen — so weit ging die Verblendung! Dem Zwang, ihre Mittel dem Kampf gegen die Partei zur Verfügung zu stellen, konnten sich die Parteigenossen nicht fügen. Durch ihren Austritt aus einer Organisation, die ihren eigentlichen Zweck in sich Gegenteil verkehrt hatte, und durch den Zu- sammenschluß in gleicher Bestimmung gewinnen sie erst wieder die Freiheit ihres Handelns.

Sie gehen dabei von der gemeinsamen Ueberzeugung aus, daß nur im Rahmen der sozialdemokratischen Partei ein gedeihliches Wirken für die Arbeiterklasse möglich ist. Als echte Sozialdemo- kraten werden sie gewiß jenem Geist der Unablenkbarkeit die Türe weisen, der jede von der herrschenden abweichende Mei- nung gleich mit dem Hinauswurf beantwortet will. Jedem überzeugten Sozialisten steht der Eintritt frei — „Meinungsverschiedenheiten hat es immer gegeben und wird es immer geben“ — nur diejenigen, die in der Mehrheit ihrer früheren Parteigenossen nichts als „Verräter“ und „Ehrlose“ sehen, sind gebeten, so lange draußen zu bleiben, bis sie sich zu einem ruhigen Urteil durchgerungen haben, bis auch mit ihnen wieder ein gedeihliches Zusammen- arbeiten möglich geworden sein wird.

Siegen wird das schwer fallen, und manchen wird es unmöglich sein. Das kann man aus menschlichen Gründen bedauern — aber die Rücksicht auf einzelne Personen darf dem Interesse der Gesamtheit nicht vorangestellt werden. Kein Verdienst an der Partei steht so hoch, daß es dem, der es sich erworben hat, das Recht gäbe, die Partei zu zerstören! Das muß jetzt allen, die es angeht, aufs Nachdrücklichste zum Bewußtsein gebracht werden. Das ist das Erziehungswort, das die Massen an einem Teil ihrer Führer zu vollziehen haben!

Ueber das Treiben der Berliner Organisationszerstörer haben die Leser des „Vorwärts“ bereits ihr Urteil gesprochen, indem sie — von einem geringen Bruchteil abgesehen — dem wieder zum Zentralorgan der Partei gewordenen Blatt treu blieben. Das war die erste Antwort, die die Massen den fanatisierten Spaltungstreibern gegeben haben, sie ist leider von ihnen nicht verstanden worden. Und so ist die zweite Antwort notwendig geworden: die Gründung einer wirklichen sozialdemokratischen Parteiorganisation für Groß-Berlin. Für sie ist der Leserkreis des „Vorwärts“ das eigentliche Werbegebiet. Jetzt wird wieder das gute alte Verhältnis hergestellt, wie es sich in der Partei gehört und wie es die alten Genossen von früheren Tagen her gewohnt sind: Das Blatt für die Organisation! Die Organisation für das Blatt! Miteinander, nicht gegeneinander!

Die Leser des „Vorwärts“ müssen sich also darauf gefaßt machen, daß der alte Ruf: „Nehmt in die Organisation!“ jetzt wieder recht oft und eindringlich an ihr Ohr dringen wird. Sie werden ihn — des sind wir gewiß — zum großen Teil mit Freude aufnehmen, denn sie haben schon lange auf ihn gewartet. Aber auch die Nichtanwesenden, Jägernden werden bald erkennen, daß hier ihr Platz ist, wo für die sozialdemokratische Sache gekämpft wird. Es gilt, den Aufstieg des schaffenden Volkes aus dem Elend des Kriegs vorzubereiten, wenn nötig, zu erkämpfen. Und dafür muß die ganze gesammelte Kraft der mühselig erwerbenden, um bessere Lebensverhältnisse ringenden Schichten eingesetzt werden. Jeder neue Tag kann uns in dieser wilden, schicksalsschweren Zeit vor neue unerhörte Aufgaben stellen. Darum heraus aus Wirrwarr und Zersplitterung!

Den Parteigenossen, die sich jetzt organisieren, um ihren Wiederanschluß an die sozialdemokratische Partei Deutschlands zu gewinnen, wünschen wir zu ihrer Arbeit den besten Erfolg. Er kann nicht ausbleiben, denn das arbeitende Volk Groß-Berlins gehört dort hin, wo die alte Fahne der deutschen Sozialdemokratie weht. Schweres ist zu überwinden, es muß überwunden werden, bis es wieder heißt: Für Sozialismus und Demokratie, einig und geschlossen!

Vorwärts!

Amerika und Dänemark.

Kopenhagen, 3. Februar. Die Telegraphen-Union meldet: Auf der hiesigen amerikanischen Gesandtschaft hat eine umfangreiche Tätigkeit eingesetzt, um die Zufuhr Dänemarks aus Amerika zu sichern.

Die dänischen Kohlenvorräte.

Kopenhagen, 3. Februar. Die Zeitung „Politiken“ erzählt, Lager in Dänemark eine Million Tonnen Kohlen, was für den Bedarf von drei Monaten vollkommen ausreicht.

Die Einstellung der Schifffahrten.

Kopenhagen, 2. Februar. Bureau Rigou meldet: Der Verein der dänischen Dampfschiffreedereien besprach in seiner heutigen Sitzung eingehend die durch die deutsche Note geschaffene Lage. Er beschloß vorläufig die Schifffahrten in weitem Umfange einzustellen und die weitere Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten, um sobald als möglich die Lonnage in der für das Land und die Schifffahrt günstigsten Weise verwenden zu können.

Infolge der Einstellung des gesamten Postdampferverkehrs lehnen sämtliche Banken in Dänemark vorläufig die Einlösung englischer, französischer, italienischer und amerikanischer Schecks ab. Nach einer Blättermeldung haben auch die Göteborger Dampfer die Fahrten nach England eingestellt. Ueber tausend Seeleute sind bereits ohne Arbeit. Da der Postverkehr nach England vollständig unterbrochen ist, sind schon in Göteborg mehrere tausend für England bestimmte Postfäcke aufgelagert.

Skandinavische Versicherungsgesellschaften.

Kopenhagen, 3. Februar. Viele dänische und norwegische Versicherungsgesellschaften haben die Kriegsversicherung für Handelsschiffe und ihre Ladungen eingestellt.

Norwegische Seeleute gegen die Englandfahrt.

Kristiania, 3. Februar. Hier verlautet, daß die Seeleute von Dampfern, die für England bestimmt sind, streiken und sich weigern, abzufahren. Die Reederei befürchtet, daß diese Bewegung einen größeren Umfang annehmen wird.

Geheimisungen des Storching.

Kristiania, 2. Februar. (B. L. V.) Das Storching hielt heute eine zweistündige Geheimisung ab. Der Minister des Außern gab Aufklärungen über die Lage, worauf der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten im Beisein des Ministers des Außern eine Sitzung abhielt. Nachmittags hielt das Storching ebenfalls eine Geheimisung ab.

Norwegische Preßstimmen.

Kristiania, 2. Februar. Die norwegische Presse ist sich im allgemeinen klar darüber, daß die Durchführung der deutschen Seesperre die größten Schwierigkeiten und Gefahren für Norwegen herbeiführen muß, bezweifelt aber andererseits die Möglichkeit einer effektiven Absperrung durch U-Boote. „Dagbladet“ glaubt überhaupt nicht an augenblickliche Schwierigkeiten für die norwegische Schifffahrt und „Ejstertidende“ spricht sogar von papierner Absperrung. In Schifffahrtskreisen verhält man sich im allgemeinen noch abwartend, doch macht sich tatsächlich die Wirkung der Seesperre-Erklärung bereits deutlich bemerkbar, im besonderen durch die vorläufige Einstellung der Postdampferlinien nach England und Amerika.

Kristiania, 3. Februar. Das halbamtliche Blatt „Intelligensbladet“ bezeichnet die Seesperre-Erklärung als unmittelbare

Antwort auf die englische Blockadeerklärung der deutschen Nordwestküste und schreibt, man müsse sich mit Ruhe und Fassung in die Entbehrungen und Entlassungen und selbst in die Not, die die nächste Zukunft bringen könnte, fassen, wenn nur Norwegen vor dem Schlimmsten bewahrt bleibe, nämlich in den Krieg hineingezogen zu werden. Das Blatt hofft inbeffen auf Erleichterungen deutscherseits für die eigene Zufuhr, wie Deutschland sie Amerika bereits eingeräumt habe.

Erhöhte Seeverversicherungen.

Kristiania, 2. Februar. Die heutige Ausschüttung der Warenkriegsversicherung beschloß die Zehnerung von Versicherungen fortzusetzen, aber zu etwas erhöhten Preisen.

Massen schwedischer Matrosen arbeitslos.

Stockholm, 3. Februar. „Afton Tidningen“ zufolge teilte der Reederverein mit, daß infolge der deutschen Seesperre bereits tausend schwedische Matrosen arbeitslos seien. Svenska Lloyd legte in Gothenburg sämtliche Dampfer still. Hierdurch wurden 600 Mann arbeitslos.

Schwedische Preßstimmen.

Stockholm, 2. Februar. Einige Organe der Linken äußern sich heute sehr entrüstet über den deutschen U-Boot-Krieg. So erklärt „Stockholms Tidningen“, es sei alles verworfen, was seit Jahrhunderten in bezug auf Beobachtung gewisser Rücksichten auf das Völkerecht und die Menschlichkeit auch während des Krieges angestrebt worden sei. Das Blatt spricht von einem notwendigen Protest und fordert die schwedische Regierung auf, mit Norwegen und Dänemark gemeinsam zu beraten. In ähnlicher Richtung gehen Brantings Wünsche im „Socialdemokraten“.

Die kritische Lage in Spanien.

Basel, 3. Februar. Aus Madrid meldet die Agence Havas: Romanones hatte nach der Kammeröffnung eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter, dem er sagte, er werde die deutsche Note nicht eher beantworten, bis er ihren Eindruck auf die übrigen Neutralen wahrgenommen habe. Wie versichert wird, war Romanones bei der Unterredung mit dem deutschen Botschafter bemüht, über gewisse zweifelhafte Punkte Aufklärung zu erhalten.

Im Senat eruchten verschiedene Senatoren die Regierung, die Herstellung von Rüstungsmaterial noch energischer zu betreiben. Der Kriegsminister erwiderte, daß dies die Absicht der Regierung sei. Der Minister des Innern teilte mit, daß das Kriegs- und Marineministerium den militärischen Behörden Instruktionen erteilt hätten entsprechend der Schwere der Umstände. Romanones erklärte am Schluß einer Konferenz mit dem Präsidenten der Kammer: Es wäre unnütz zu leugnen, daß wir uns in einer sehr schwierigen Lage befinden. Romanones gab in der Kammer und im Senat diesbezügliche Erklärungen ab.

Bern, 2. Februar. „Information“ meldet aus Madrid, der Minister des Innern habe allen Zeitungredaktionen die größte Vorsicht bei Besprechung der deutschen Note empfohlen.

Lustkämpfe am 1. und 2. Februar.

Loth bei im Westen im allgemeinen ungünstigen Witterung war die Tätigkeit der deutschen Flieger am 1. und 2. Februar reger und erfolgreicher. Die Gegner lösten im Lustkampf am 1. sieben Flugzeuge ein, am 2. im Lustkampf fünf und eines durch unser Höhenfeuer. Leutnant Baldamus brachte in der Gegend von Cernach einen Forman-Doppeldecker brennend zum Abflug, er hat damit seinen ersten Gegner erledigt. — In der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. belegten wir Löger und Dorf Prohart mit 1075 Allogonamm Bomben. Mehrere gute Treffer wurden beobachtet. Am 2. fanden Bombenangriffe statt auf feindliche Lager bei Groombele, den englischen Flugplatz Bailleul und auf Truppenlager nördlich von Lorce. — Ein feindliches Aufklärungsflugzeug, das am 1. sich über unserer Front in Fländern zeigte, wurde auseinander gesprengt und nach Verlust von drei Flugzeugen über die Front zurückgezogen.

Im Osten zwang während der Kämpfe um Muzel am 1. Februar ein deutscher Kampfeinflieger einen russischen Doppeldecker zu beschleunigter Landung auf dem östlichen Dünauer.

Der Krieg auf den Meeren.

Wilson und die Bewaffnung der Handelsschiffe.

Ein Junkspruch des New Yorker Vertreters von B. L. V. meldet vom 30. Januar: Die Nachrichten aus Washington beschäftigen sich nach wie vor ausführlich mit der Frage der bewaffneten Handelsschiffe, die allgemein als ziemlich heikel angesehen wird.

Nach einer Washingtoner Mitteilung der „Evening Post“ habe Wilson gesagt, die Frage der bewaffneten Handelsschiffe beschäftige ihn sehr; es sei aber keine amtliche Mitteilung und keine Nachricht an die Kriegführenden zu erwarten, ehe die Frage praktisch würde, ehe also ein besonderer Fall sich ereigne.

Neues feindliches Minenfeld bei Skagen.

Kopenhagen, 3. Februar. Nachrichten aus Schifffahrtskreisen zufolge ist zwischen Skagen und der norwegischen Küste ein Minenfeld beobachtet worden. Es soll englischen Ursprungs sein.

Bericht. Lloyd meldet: Das englische Fischereifahrzeug „Biolet“, 141 Br.-Reg.-T., der englische Dampfer „Essonite“, 589 Br.-Reg.-T., und der spanische Dampfer „Algoria“, 2117 Br.-Reg.-T., und das belgische Fischereifahrzeug „Marcelle“, 219 Br.-Reg.-T., wurden versenkt.

Der norwegische Dampfer „Jero“ (1112 Br.-Reg.-T.) ist aufgefliegen. Ein Mann der Besatzung ist ungelungen, der Rest wurde gerettet. — Aus Christianand wird gemeldet: Das Schiff „Gid“ aus Kristiania traf hier mit der Besatzung des Gothenburger Dampfers „Eda“ ein, der am Sonntag mit voller Ladung England verlassen hatte, um nach Galmstad zu fahren. „Eda“ wurde am Montagmorgen in der Nähe der „Gid“ versenkt. Bei Skagen hatte die „Gid“ acht eingefrorene Dampfer beobachtet, davon waren vier norwegische. Zur Ueberfahrt von Skagen nach Christianand brauchte die „Gid“ eineinhalb Tage. — Der Kapitän des niederländischen Dampfers „Wandel“ meldet auf dröhnstem Wege, daß der holländische Dampfer „Gamm“

(2115 Br.-Reg.-T.) durch Kanonenschüsse zum Sinken gebracht wurde. — „Reit Journal“ meldet aus Quimper: Der norwegische Dampfer „Juer“ (1123 Br.-Reg.-T.) ist versenkt, die Besatzung teilweise gerettet worden. Der Schoner „Saini Leon“ (230 Br.-Reg.-T.) ist auf der Höhe von Recamp versenkt, die Besatzung gerettet worden.

Ein Hilfsdienstgesetz in Frankreich.

Genf, 2. Februar. Havas meldet: Die französische Regierung beschäftigt sich mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes betreffend die Mobilisierung der bürgerlichen Kräfte, die befähigt sind, zur Landesverteidigung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Der Entwurf erstreckt sich voraussichtlich auf alle geübten Franzosen von 16 bis 60 Jahren.

Protopopow gegen Solihin?

Kopenhagen, 2. Februar. Laut „Berlingske Tidende“ meldet die Moskauer Zeitung „Rustija Wjedomosti“: Petersburger politische Kreise halten es für sicher, daß Ministerpräsident Solihin noch vor dem Wiederzusammentritt der Reichsduma zurücktreten werde. Zwischen ihm und Protopopow seien ernste Streitigkeiten ausgebrochen, die jedes Zusammenarbeiten innerhalb der Regierung unmöglich machen, da Protopopow die Macht im Kabinett haben wolle. Als Nachfolger Solihins werden in erster Linie der frühere Landwirtschaftsminister Bobrinski und der Präsident des Staatsrats, Schtscheglow, genannt.

Kopenhagen, 3. Febr. (Ziff. Ztg.) Nach Petersburger Meldungen konferierte Ministerpräsident Solihin mit leitenden Persönlichkeiten der Rechten, da die Regierung einen Block der Rechten zu bilden versucht. Gleichzeitig wurden die Gouverneure und andere Beamten aufgefordert, mit Vertretern der Rechtenparteien in ihren Distrikten zu verhandeln, die Dumamitglieder in der von der Regierung gewünschten Richtung zu beeinflussen.

Eine solche Blockgründung sieht nicht danach aus, daß die Regierung ernstlich hofft, mit der Duma in Zukunft so auskommen zu können, wie der jüngst ergangene Erlaß des Jaren es als wünschenswert betonte.

In drei Wochen etwa soll die Duma wieder zusammentreten. Aus den oben mitgeteilten Meldungen ist zu entnehmen, daß die Frist, die sich die Regierung zur Vorbereitung auf dieses Ereignis durch die zweite Vertagung der Duma verschaffte, bis jetzt ihren Zweck nicht erfüllt haben kann. Die Regierung sitzt immer noch in der Klemme.

Gegen die Dienstbefreiung in der Türkei.

Konstantinopel, 2. Februar. Die Kammer erörterte den durch die Verordnung provisorisch in Wirksamkeit gesetzten Entwurf über die Einberufung der gegen Entrichtung einer Tage befreiten Reservisten und Landsturmlaute. Nach dem Entwurf soll die Tage für den noch übrigen Zeitraum zurückgestellt werden. Der Berichterstatter des Heeresauschusses betonte die gebieterische Notwendigkeit des Gesetzes damit, daß sich die ottomanische Nation in einem Kampfe auf Leben und Tod befinde und alle nötigen Maßnahmen zur Sicherung des endgültigen Sieges ergreifen müsse.

Nach der Abstimmung über den Gesetzesentwurf schlug ein Vertreter des Kriegsministeriums einen Zusatz zum ersten Artikel vor, durch den die Aufhebung der Dienstbefreiungstaxe ausgesprochen wird. Verschiedene Abgeordnete verlangten Befreiung der Landwirte und anderer Leute zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung und des Heeres sowie zur Sicherung der unerlässlichen Dienstweige und unerlässlichen Bevölkerungsklassen wie des zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes notwendigen Personals.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums gab die Versicherung ab, das Ministerium werde die Bedürfnisse des Landes berücksichtigen, und er schlug einen Zusatz vor, wonach diejenigen, denen ein Aufschub des Dienstbeitritts zugesprochen worden sei, zur Erleichterung der Kontrolle als Soldaten betrachtet werden sollten. Er führte das Beispiel Deutschlands an, wo der Zivildienst bis zum 60. Jahre eingeführt worden sei.

Das Gesetz wurde zur Abänderung an die Kommission zurückverwiesen.

Die Kämpfe an der Tigrisfront.

Konstantinopel, 1. Februar. Generalsstabsbericht. Tigrisfront: Nach heftigem Artilleriefeuer griff der Feind am 30. Januar unsere südlich des Tigris gelegene Stellung an. Er wurde mit beträchtlichen Verlusten für ihn zurückgeschlagen. In der folgenden Nacht versuchte eine feindliche Infanterieabteilung einen Angriff, der gleichfalls zum Scheitern gebracht wurde. Bei einer glücklichen Erkundung nahmen wir dem Feinde Material und Bomben ab.

An der Mesopotamienfront nur Artillerietätigkeit. An der Serethfront wiesen unsere Truppen starke feindliche Aufklärungsabteilungen ab.

Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 2. Februar. Generalsstabsbericht vom 2. Februar. Razedonische Front: An der gesamten Front spärliches Artilleriefeuer und an einigen Stellen nur vereinzelt Kanonenschüsse. Im Cernobogen Artilleriefeuer. Mehrmals kurzer heftiger Feuerkampf in der Gegend von Vitolia. Im Dobarsitale Feuerwechsel zwischen Potoullan und Posten. Rumänische Front: In der Gegend von Prislaba östlich von Tulcea Artillerie- und Minenfeuer auf beiden Seiten des St. Georg-Kanals.

Kleine Kriegsnachrichten.

General v. Lothar verabschiedet. Das „Militärwochenblatt“ meldet in gestriger Nummer an der Spitze seiner Rubrik über Personalveränderungen der Armee, daß der General der Infanterie von der Armee v. Lothar in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt worden ist. Er kommandierte das 8. Armeekorps (Brandenburg).

Gegen den Preiswucher in Dänemark. Die dänische Regierung hat den Verkauf von Waren zu höheren Preisen als am 30. Januar verboten, außer wenn der Verkäufer beweist, daß der Erwerb der Ware größere Unkosten verursacht.

Die deutsche Gewerbeinspektion in der Kriegszeit.

Von der Gewerbeinspektion ist es seit Ausbruch des Krieges sehr stille geworden, nachdem bis zu diesem Zeitpunkt die Jahresberichte für 1913 veröffentlicht worden waren. Der Krieg hat auch für die Gewerbeinspektoren allseitige einschneidende Veränderungen gebracht. Er hat ihre Zahl erheblich vermindert, die Arbeiterschutzgesetze mit weitgehenden Ausnahmen durchbrochen, bestehende Betriebe eingeschränkt oder zum völligen Stillstand gebracht, dafür viele neue Betriebe entstehen lassen und ferner die Fabrikation in überwiegender Maße einseitig auf die Bedürfnisse der Kriegführung gerichtet; endlich die Zusammenziehung der Arbeiterschaft nach Alter und Geschlecht wesentlich verschoben.

Ueber alle diese neuen Verhältnisse haben die Gewerbeinspektoren nicht in der früher üblichen Weise berichtet, denn seit 1914 sind keine Jahresberichte mehr veröffentlicht worden. Da begrüßen alle, die für die Gewerbeinspektion stärkeres Interesse haben, die vom Oldenburger Gewerbeinspektor Dr. Stryup in der „Sozialen Praxis“ veröffentlichte Artikelserie, die zeigt, daß die Gewerbeinspektion noch lebt und wirkt.

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Gewerbeinspektion kommt Dr. Stryup zu der Feststellung, daß zur unnachlässigen Bekämpfung jedes Raubbaues an der Volkskraft die Gewerbeinspektion nötig war und ist.

Für die Kriegszeit stellt Dr. S. fest, daß unter der Verminderung der Werkmeister und Betriebsingenieure die Betriebssicherheit gestiegen hat, daß aber den Revisionen von den Aufsichtsbeamten gegebenen Anregungen um so mehr Folge gegeben wurde, als sich die Betriebsgefahr an sich durch die Einstellung unerfahrener Arbeiter erhöhte. In der Landwirtschaft hat der Mangel an Arbeitskräften zu erheblich vermehrter Benutzung von Kraft- und Arbeitsmaschinen geführt und diese Entwicklung wird nach dem Kriege fortdauern. Vielfach schwere Unfälle in der Landwirtschaft lassen die planmäßige Weiterbildung der Aufsichtsbeamten bei der landwirtschaftlichen Unfallverhütung als notwendig erscheinen. Die Kriegsverhältnisse haben im Genehmigungsverfahren bei Errichtung der sogenannten genehmigungspflichtigen Anlagen insofern eine Vereinfachung gebracht, als die Entwürfe nur noch von den Aufsichtsbeamten und nicht auch noch von den Verwaltungsbehörden geprüft werden.

Bezüglich der vermehrten Frauenarbeit erwähnt Dr. Stryup mit Befriedigung, daß der Reichskanzler trotz Drängens einzelner Industrieverbände von der Erteilung allgemeiner Ausnahmen von den bezüglichen gesetzlichen Schutzbestimmungen abgesehen und es den höheren Verwaltungsbehörden überlassen hat, unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse Einzelausnahmen zu gestatten, wobei die Aufsichtsbeamten maßgebend mitwirkten. Die besonders eingehende Ueberwachung der Betriebe, in denen Ausnahmen von den Arbeiterschutzbestimmungen erteilt waren, wurde sehr nötig. Es wird sodann ausgeführt, daß Befürchtungen wegen Arbeitermangel und „über erhöhte Ansprüche der männlichen Arbeiter schon jetzt in industriellen Kreisen Stimmen laut werden lassen, die auch nach Friedensschluß auf eine erweiterte Zulassung der Frauenarbeit dringen“. Gegen diese Bestrebungen wendet sich Dr. Stryup, der es vielmehr als eine spätere Hauptaufgabe der Aufsichtsbeamten bezeichnet, die zulässigen Grenzen der Frauenarbeit von Betrieb zu Betrieb festzusetzen. „Soweit ganz oder teilweise arbeitsfähige Männer zur Verfügung stehen, wird eine Ausbreitung der Frauenarbeit nicht Voranschub geleistet werden dürfen.“ Den Kriegswitwen soll eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden.

Auch die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter soll eine Zurückdrängung erfahren, um die gewerbliche Berufsbildung mehr zu fördern. Es sollen hierfür Ausschüsse gebildet werden, die unter Führung der Gewerbeaufsichtsbeamten — Schulle, Schularzt, Arbeitsnachweis — und tüchtige Berufsberater aus Handwerk und Industrie (mit Einschluß der Arbeiter) gemeinsame Arbeit leisten sollen. Eventuell sollte eine Höchstzahl für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den einzelnen Betrieben wie auch für das Halten von Lehrlingen aufgestellt werden. Das Arbeiterschutzgesetz soll unter der Aufsicht der Gewerbeinspektoren restlos durchgeführt werden.

Viel in Anspruch genommen wurden die Aufsichtsbeamten durch die Beratung der Militärbehörden bei der Zurückstellung Wehrpflichtiger, wobei sie in die Verhältnisse des Handelsgewerbes wertvolle Einblicke tun konnten, die sie von der Notwendigkeit vermehrter Sozialpolitik überzeugen. Der Heeresverwaltung wird Anerkennung gezollt für ihr der Arbeiterschaft gegenüber betätigtes sozialpolitisches Verständnis und gewünscht, daß auch die übrigen auftraggebenden Behörden durch Anfrage bei den Aufsichtsbeamten sich darüber unterrichten, ob ihre Vorfälle ihren sozialen Verpflichtungen gerecht werden oder ob die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die niedrigen Angebote nur durch Lohndruck und dergleichen möglich sind.“ Aber nicht nur den Lohnverhältnissen der Betriebe, die staatliche oder gemeindliche Aufträge erhalten, wird künftig besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein, sondern allgemein der Entlohnung der Arbeiterschaft, insbesondere in der Uebergangszeit vom Kriegs- in den Friedensbetrieb. In dieser Uebergangszeit sollte es eine Hauptaufgabe der Staatsverwaltung sein, Lohnkämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden, zu welchem Zwecke eine einwandfreie Feststellung der Arbeitslöhne erfolgen sollte, also die Aufstellung einer amtlichen Lohnstatistik, die die Arbeiterschaft nur begrüßen konnte. Dr. Stryup weist diese Aufgabe den Aufsichtsbeamten zu, die dann auch bei der Regelung der Löhne, bei Lohnzeitigkeiten und bei Tarifverhandlungen erfolgreich mitwirken könnten.

Gegen die Lohnrückerei von Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten mit Renten in der Hausindustrie wird die baldige Einrichtung von Sachausschüssen auf Grund des Hausarbeitsgesetzes als dringend nötig verlangt.

Eingehend werden der Arbeitsnachweis und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter besprochen. Bezüglich der letzteren kommt der Verfasser zum Schluß, daß für die Zulassung von Ausländern die unbedingte Voraussetzung sein muß, daß durch sie nicht die Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter verschlechtert werden.

Die Förderung der Wohnungspolitik, insbesondere des Kleinwohnungsbaues sowie die Kriegsverletztenfürsorge erfahren ebenfalls eingehende Besprechung.

In seiner Artikelserie verfolgt Dr. Stryup die Tendenz, die Aufsichtsbeamten auf allen Gebieten der Sozialpolitik zu höherer Geltung kommen zu lassen. Man kann diesem Bestreben durchaus zustimmen, aber immerhin unter dem Vorbehalt, daß im gleichem Maße auch die Arbeiter auf allen Gebieten höheren Einfluß erhalten. Auch gegenüber den Gewerbeinspektoren sollen die Arbeiter nicht die Rolle von Bevormundeten spielen müssen, sondern nur die von voll- und gleichberechtigten Bürgern. Mit der Schlußforderung des Verfassers nach Ausbau der Gewerbeaufsichtsämter wird auch die Arbeiterschaft sich einverstanden erklären.

Eine „Sonderorganisation“, die nottut.

Mit einer Besorgnis, die zu beschreiben es mir an Ausdrucksmöglichkeiten fehlt, erziehe ich aus dem Verlauf der Debatte über die Notwendigkeit oder Erläßlichkeit besonderer Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer, zumal der Beschädigten, daß die Aussichten für diese so überaus trübselig sind, ja notwendige Zusammenfassung sich so verwickelt haben.

Zunächst, als Stamper, Voormeister, Kuttner, ich und einige andere Genossen diesen Dingen nachzugehen begannen, fanden wir Verstandnis und Entgegenkommen, zumal auch in den Kreisen der führenden Gewerkschaftler Deutschlands. Wenn die Aussichten sich zungunsten der von uns mit allem Eifer und Widererwogenen Idee inzwischen verändert haben, so kann dies wohl nur daran liegen, daß sich wohl allerlei Mißverständnisse einschleichen, die bei den heutigen Verhältnissen schwerlich auf dem Wege der Freidebatte zu beseitigen sind. Demen aber, die's angeht, zumal Gewerkschaftsführern und sonstigen Genossen in verantwortlichen Stellungen, möchte ich hiermit gefagt haben, daß es ihre Pflicht ist, sich um diese Angelegenheit mehr zu kümmern, als es bisher im allgemeinen der Fall war; denn die Folgen von Versäumnissen könnten sich hier einmal sehr bitter rächen.

Wie weit Partei und Gewerkschaft noch Zeit und Gelegenheit haben werden, das bereits Versäumte nachzuholen, und auf welche Weise das zu erreichen ist, mag an anderer Stelle untersucht werden, ich möchte hier nur einige Bemerkungen machen, zu denen die Ausführungen des Genossen F. E. in der Sonntagsnummer herausfordern:

Die Millionen Krieger werden mit so vielen (berechtigten und unberechtigten) Spezialwünschen zurückgelehrt, daß keine geeichte Vereinigung, aber auch keine getwerkschaftliche oder politische Organisation der Aufgabe gewachsen sein wird, hier — je nachdem — fördern oder hemmen einzugreifen. Gerade wer die Partei und wer die Gewerkschaften liebt, hat allen Anlaß, ihnen zunächst vom Leibe zu halten, was F. E. und andere ihnen aufhalsen wollen.

Wer allerdings mit einem derartigen Optimismus wie F. E. die Arbeiter nach dem Kriege in hellen Farben schon wieder in alle Vereinigungen von früher strömen sieht, mit dem ist ja leicht reden. Erfahrene Organisationsleiter leben und wissen bereits, daß die rauhe Wirklichkeit ein ganz anderes Bild bietet und ein noch viel trübteres bieten wird. Aber es hat ja leider bis in die allerjüngste Zeit auch in der Arbeiterschaft stets zu viele von jenen gegeben, die sich erst dann ans Geissen machen, wenn die Krankheit ausgebrochen ist, statt daß sie vorbeugen, solange es an der Zeit war.

Man muß staunen ob der hoffnungsreichen Gläubigkeit, organisierte Arbeiter würden den Kriegerverwunden auch nach zeitgemäßer Modernisierung nicht betreten. Als ob sie ihnen in ihrer alten Form nicht zu Tausenden angehört hätten! Und wer die Unterstüßungseinrichtungen der Kriegerverwunden mit denen der Arbeiterorganisationen auf eine Stufe stellt, dessen Vertrautheit mit den Zuständen blühen und drüben kann ich ebensovienig für voll nehmen als dessen, der da meint, in absehbarer Zeit nach dem Kriege würden Mittel übrig sein, die Unterhaltungs- einrichtungen in den Arbeiterorganisationen zu ergänzen und zu erweitern!

Wenn F. E. meint, nur die Kriegsbeschädigten hätten ebenfalls ein Interesse daran, sich zusammenzufinden, so zeugt auch diese Konzeption, so dankbar man sie hinnehmen muß, von einer gewissen Kurzsichtigkeit. Denn erstens werden viele, die scheinbar gelund aus dem Felde kommen, nach und nach leider entdecken müssen, daß sie auch „beschädigt“ sind, zweitens kann eine Organisation wie die hier in Betracht kommende nur dann lebensfähig sein, wenn nicht alle Mitglieder hilflosbedürftig, sondern auch solche vorhanden sind, die das Solidaritätsgefühl zu ihren Klassen Genossen treibt. Eine Lebensversicherung, die nur Todesandibaten, eine Gewerkschaft, die nur Arbeitslose oder Streikende in ihren Mitgliederlisten hat, wird die Bude sehr bald zumachen müssen.

Mit aller Schärfe muß der Rat abgelehnt werden, den F. E. uns für die Erbfindenden, Ertaubten usw. gibt. Diese sollen wir an die bereits bestehenden Vereinigungen weisen! Ich betrachte den „guten“ Rat als ein Zeichen dafür, daß F. E. von den Dingen verdommt wenig Positives weiß. Denn die Vereinigungen, die er uns empfiehlt, sind fast ausschließlich in Händen, denen wir unsere Genossen nicht anvertrauen dürfen.

Auf das, was Kuttner in der Polemik gegen F. E. bereits erledigt hat, brauche ich nicht noch einmal einzugehen. Ich will nur noch einer Art Dank dafür das Wort leihen, daß F. E. wenigstens die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Blattes für die Kriegsteilnehmer einleuchtet. Er stellt dabei die Unterhaltung in den Vordergrund. Ich denke auch hier zunächst mehr an die Belehrung über die Rechte der Arbeiterschaft im allgemeinen, der (beschädigten und „unbeschädigten“) Kriegsteilnehmer im einzelnen kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß auch die größten Partei- und Gewerkschaftsblätter nach dem Kriege sehr viel anderes zu tun haben werden, als den mit dem Kriege und der Kriegsteilnehmer ihrer Mitglieder zusammenhängenden Spezialfragen die Aufmerksamkeit, die Zeit und das Papier zu widmen, das jene nötig haben und sich so oder anders zu schaffen wissen werden. Auch in dieser Beziehung ist von uns bereits viel, zum Glück noch nicht alles, versäumt. Man braucht ja nur die vielen Vereine und Organe anzusehen, die bürgerlicher Vorbedacht, zum Teil auch bürgerliche Spekulationsucht, in vielen Duzenden von Exemplaren während des Krieges geschaffen hat: von der ehrlichen Kruppelhilfe-Organisation bis zur frömmelnden Kollekten- und Ver-Gesellschaft, vom groß und breit angelegten „Deutschen Kriegerhilfsbund“ bis zu kleinen provinziellen Weibchen gleicher oder ähnlicher Tendenz, von ernst zu nehmenden Wochen- und Zeitchriften, die den Kämpfern in sozialen oder körperlichen Nöten helfen wollen, bis zu geschick in Szene gesetzten Interentenplantagen, die den Bunk, aus der Kriegsdienst nach jahrelanger lang Geld zu müssen, unter einem bürgerlichen redaktionellen Teil schlau zu verbergen suchen.

Und an diesem all dieser Tatsachen bleibe ich dabei: Unsere Kriegsteilnehmer und unsere Kriegsbeschädigten bedürfen einer „besonderen“ Vereinigung. Sogar einer iede besonderen!

Georg Davidsohn.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Der Bezirksvorstand Zwickau (18., 22. und 23. Reichstagswahlkreis) nimmt mit einem entschiedenen Aufruf zu den Beschlüssen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses Stellung. In diesem heißt es:

Niemand kann und wird verlangen, daß in dieser Zeit der größten Erschütterung, die wir durchleben und in der so mancher durch die Unbilden und die große Not der Zeit vom rechten Wege abzugehen verführt ist, eine einheitliche Auffassung bestehe. Aber niemand sieht zu erbauen in unferen Reihen, daß er das Recht in Anspruch nehmen darf, der Partei seinen Willen aufzuzwingen! Noch immer — und gerade jetzt erst recht! — gilt bei uns der oberste Grundsatz der Demokratie: Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit! Disziplin ist erste Vorbedingung und Grundlage einer jeden Organisation!

Gemäß dem Gutachten des Parteiausschusses vom 18. Januar und dem Aufrufe des Parteivorstandes vom 20. Januar, denen wir uns durchaus anschließen, weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß Genossen und Organisationen, die sich mit der Reichsfunktion der oppositionellen Gruppen und deren Beschlüssen solidarisch erklären, nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben können. Wir werden in unferem Bezirke in jedem Falle die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Die Bezirksleitung im östlichen Westfalen und den lippeischen Herzogtümern beschloß am 2. Februar, den vom Parteiausschuß am 18. Januar aufgestellten Richtlinien für die Aufrechterhaltung der Partei beizutreten und in voller Uebereinstimmung mit den Genossen wie bisher weiter zu wirken. Eine Tagung der Kreisvorstände am 23. Januar erbrachte den Beweis, daß die einheitliche Front im Bezirk unerschütterlich weiterbesteht.

Eine Funktionärsitzung in Köln nahm nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten J. Meerfeld mit 67 gegen 2 Stimmen folgende Entschlieung an:

„Die Funktionärsitzung vertritt die Anschauung, daß der treibende Teil der Minderheit auf die Parteierneuerung bedrängt binarbeitete und daß die Reichsfunktion vom 7. Januar die organisatorische Einheit der Partei gesprengt hat. Der Beschluß des Parteiausschusses und der Aufruf des Parteivorstandes sind angesichts dieses Vorgehens durchaus berechtigt. Die Funktionärsitzung ist davon durchdrungen, daß alles aufgegeben werden muß, um die zersetzende Zwietracht aus dem politisch so reich umstrittenen Kölner Bezirk fernzuhalten; sie appelliert darum eindringlich an alle Genossen, sich unbeschadet ihrer Stellungnahme zu den Streitfragen, die zurzeit die Partei beschäftigen, auf den Boden der Einheit zu stellen und mit aller Tatkraft für eine feste, dem Gegner eine geschlossene Front zeigende Arbeiterbewegung zu wirken.“

Wie es gemacht werden soll. Auf einer Versammlung in Biebrich (Kreis Wiesbaden) gab der Reichstagsabgeordnete Herzfeld von der Arbeitgemeinschaft nach dem Bericht der Frankfurter Volkstimme“ die Beschlüsse an: Die Genossen der Opposition müssen versuchen, alle einflußreichen Stellen innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsbewegung an sich zu reißen. — Falls die Partei besagt und das nicht Neues, interessant ist aber, daß die Arbeitgemeinschaft jetzt ganz offen die Hinzutragung des Parteistritts in die Gewerkschaften proklamiert.

Bergistel. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“, ein Organ der Arbeitgemeinschaft, schreibt zum Tode des Genossen Wegler, seine polemische Heber sei durch seine Krankheit vergiftet gewesen. Die systematische Bekämpfung Loter gehört nun einmal zum geistigen Arsenal der Opposition: Ludwig Frank war ein „Verräter“ und Jean Jourds ein „Schlachtenbummler“.

Personalien. Genosse G. D. G. in Heilbronn, der seit neun Jahren des Parteiblatt „Redar-Gao“ geleitet und ihm zu einer geachteten Stellung im württembergischen Unterland verholfen hat, ist zum Reichstagsabgeordneten des von kurzem ins Leben gerufenen Südwestdeutschen Kanalvereins gewählt worden. Dwyler scheidet damit aus dem Dienst der Parteipresse aus. Seiner feineren Bekämpfung innerhalb der Partei steht natürlich nichts im Wege, werden doch von der Sozialdemokratie die auf die Schiffarmachung des Redars und Oberrheins gerichteten Bestrebungen des Kanalvereins aufs wärmste unterstützt.

Der englische Arbeiterkongress.

Die jetzt eingetroffenen englischen Zeitungen geben erst ein anschauliches Bild von den Verhandlungen des Kongresses der Arbeiterpartei in Manchester. Die Telegramme spiegelten den Gang der Verhandlungen und das Kräfteverhältnis der verschiedenen Gruppen nur sehr undeutlich. Doch bleibt leider der erste schmerzliche Eindruck bestehen, daß die englischen Arbeiter gegen den Verhandlungsfrieden und für den Krieg bis zum siegreichen Ende sind. Die British Socialist Party hatte eine Entschlieung beantragt, in der die internationale Solidarität der Arbeiter erklärt und das Internationale Sozialistische Bureau aufgefordert wurde, mit möglichster Schnelligkeit die Friedensbedingungen zu diskutieren. Die Entschlieung hatte zwei leidenschaftlich berechte Anwälte, Bruce Glasier und Mac Donald. Bruce Glasier sagte, es würde ein glänzendes Ereignis sein, wenn sich der Kongress zur sofortigen Verurteilung eines großen internationalen Kongresses bereit erklärte, damit die Friedensbedingungen nicht einzig von denen festgelegt würden, die den Krieg verschuldet hätten. Nach einigen etwas turbulenten Störungen kam Mac Donald zu Worte, dessen begeistertes Lob Liebsteins von einem Delegierten mit der nächsten Frage unterbrochen wurde: „Was hat er erreicht?“ Der ihm folgende Redner T. Shaw spielte einen geschickten rhetorischen Trumpf aus. Er fragte, wie ein internationaler Kongress stattfinden könne, wenn die Vertreter Belgiens und Nordfrankreichs fehlten; wenn es eine Konferenz gäbe, für die diese Delegierten frei gewählt werden könnten, so ließe sich über den Vorbehalt reden. Die Entschlieung wurde, wie schon gemeldet, mit 169700 gegen nur 302000 Stimmen abgelehnt. Der „Manchester Guardian“, der just nicht zu den englischen Kriegsbegehren zählt, urteilt über die Abstimmung: „Gene, die in Feindesland auf eine Schwächung des Entschlusses der Arbeiterklasse, den Krieg zu einem entscheidenden Ende zu bringen, hoffen, und jene unter uns selbst, die dasselbe begehren, müssen ein für allemal durch die Abstimmung der Konferenz eines Besseren belehrt sein.“

Anderes aber, als es die Telegramme darstellten, war die Haltung des Kongresses zur Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Kriege. Zwar wurde die Entschlieung, welche die Abhaltung eines internationalen Kongresses

zu gleicher Zeit mit dem Friedenskongresse abgelehnt mit 1408 000 gegen 608 000 Stimmen verworfen. Aber die Mehrheit ist nur dadurch zustande gekommen, daß die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft, die 600 000 Stimmen repräsentierten, geschlossen dagegen stimmten, obwohl eine starke Minderheit unter den Bergarbeitern für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Kriege ist. Der „Manchester Guardian“ faßt sein Urteil über das Stärkeverhältnis der Gruppen, die für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Kriege sind und die dagegen sind, dahin zusammen, daß das Stärkeverhältnis ungefähr so wie in Frankreich sei, wo die Verurteilung des Internationalen Sozialistischen Bureau bekanntlich nur mit der schwachen Mehrheit von 1537 gegen 1407 Stimmen abgelehnt worden ist.

Auf dem Kongress sprachen als Vertreter der französischen Mehrheit Pierre Renaudel und als Vertreter der Minderheit Jean Longuet, dessen Erklärung zur Landesverteidigung sehr bemerkenswert ist. Er verlangte, daß die Bedingungen der Kriegführenden ohne Vorurteil geprüft würden und erklärte, daß sie inzwischen in der nationalen Verteidigung ihres Landes beharren würden. Seit Kriegsbeginn habe die französische sozialistische Partei für die Kriegskredite gestimmt und würde unter gleichen Bedingungen dasselbe wieder tun. Jean Longuet bekennt sich also ausdrücklich zur nationalen Verteidigung und lehnt den Verteidigungsneutralismus, wie ihn in Deutschland die Sozialisten predigen, mit schroffer Eindeutigkeit ab. Seine Stellung ist von denselben leitenden Grundsätzen beherrscht, die die sozialdemokratische Partei in Deutschland vertritt.

Der Kongress protestiert gegen die Verwendung fähiger Arbeiter in England, sprach sich für hohe Vermögens- und Einkommensteuern aus und verlangte, daß die Pensionen entsprechend der Kriegsteuerung bemessen werden und von den Unternehmern nicht in die Löhne eingerechnet werden dürfen. Für das Ausland ist am wichtigsten die Debatte über die Stellung der Arbeiterklasse zum Schutzoll. Der rühmlich bekannte Passifist Snowden berief sich auf den Beschluß der Konferenz, der für die Zeit nach dem Kriege eine Liga der Nationen zur Erhaltung des Friedens verlangte und erklärte, daß eine solche Liga nicht bestehen könnte, wenn die eine Mächtegruppe auf den wirtschaftlichen Ruin der anderen hinarbeite. Eine Entschlieung, welche die Stellung zur Schutzollpolitik bis nach Kriegsende verlagern wollte, wurde abgelehnt; die Entschlieung für den Freihandel und gegen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz wurde, nachdem sie noch von dem Vertreter der Bergarbeiter befürwortet worden war, fast einstimmig angenommen. Also hat der Arbeitsminister Lodge mit seiner Schutzollpolitik eine deutliche Abfage erhalten. Freilich darf nicht übersehen werden, daß der Kongress von der Fülle des Materials bedrängt, die Schutzollfrage in aller Hast erledigte und sich mit seiner Entschlieung in einen gewissen Gegensatz zu dem im September in Birmingham abgehaltenen Gewerkschaftskongress setzte. Damals wurde ebenfalls eine Entschlieung „mit Rücksicht auf die Bemühungen, die gewerkschaftlich für eine Aenderung der Wirtschaftspolitik mit dem Schutzoll als Hauptziel zu gewinnen“ für den Freihandel eingebracht. Der Gewerkschaftskongress stimmte mit 1842 000 gegen 619 000 Stimmen die Berufung auf die schützollnerischen Tendenzen und erklärte sich für den Antrag des Vertreters der Glasbläser J. Stokes, der die Einfuhr von Waren eingeschränkt oder verboten wissen wollte, die mit niedrigeren Löhnen oder unter schlechteren Arbeitsbedingungen, als in England herrschen, hergestellt werden.

Für die innere Entwicklung der Arbeiterpartei ist noch der Beschluß wichtig, den Einfluß der sozialistischen Partei im leitenden Komitee zu vermindern. Bisher bestand der Arbeiterkongress aus drei Abteilungen, deren jede ihre eigenen Vertreter in die Leitung wählte: Aus der Gewerkschafts-Abteilung, welche weitaus am größten ist und welche gegenwärtig 11 Mitglieder der Leitung wählt, aus der sozialistischen Abteilung, welche drei Mitglieder der Leitung bestimmt, und aus dem Gewerkschafts- und der Arbeiterpartei mit je einem Mitglied. Walden brachte mit geringer Mehrheit einen Antrag durch, wonach die Leitung, die aus 18 Mitgliedern einschließlich eines Jugendmeisters besteht, nicht mehr nach Sektionen, sondern durch Abstimmung von der Konferenz gewählt werde. Organisationen mit über 500 000 Mitgliedern sollten zu zwei Kommitierungen berechtigt sein. Der Antragsteller bezeichnete die bisherige Wahlart als durchaus undemokratisch, weil ein Viertel der Leitungsglieder von den sozialistischen Parteien gestellt würden, die auf dem Arbeiterkongress nur den fünf und zwanzigsten Teil der Stimmen vertraten.

Aus Industrie und Handel.

Staatskredite für die deutsche Schifffahrt.

Der Bundesrat wird sich in der allernächsten Zeit mit einer Vorlage beschäftigen, die die Gewährung hoher Kredite des Reiches an die Reedereien vorseht. Dadurch wird die deutsche Schifffahrt, die im Kriege in bedauerlicher Weise gelitten hat, die Mittel zu dem Wiederaufbau ihrer für alle Volksklassen notwendigen Handelsflotte gewinnen. Die Besitzer fast aller Schifffahrtsunternehmungen, besonders die Aktionäre der Hamburg-Amerika-Paketschiffahrtsgesellschaft (Hapag) und des Norddeutschen Lloyd haben zwei dividendenlose Jahre hinter sich. Die Kredite werden natürlich nicht bewilligt, damit die Gesellschaften noch während des Krieges Dividende zahlen. Die moqeren Jahre sind also noch nicht vorüber, aber immerhin ist der Wiederaufbau unserer Handelsflotte sowohl für die Aktionäre ein Trost, wie auch, was weit wichtiger ist, für die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches eine unbedingte Notwendigkeit. Die Kredite werden natürlich verzinst und getilgt werden müssen, sobald die Gesellschaften dazu irgend in der Lage sind. Ihre Dividende wird daher für absehbare Zeit über eine mögliche Höhe nicht hinausgehen dürfen. Das Reich kann zugleich die Gelegenheit vortrefflich nützen, seinen durch die Kreditgewährung erworbenen Einfluß allgemeinen Zwecken nutzbar zu machen und Monopolbestrebungen auszuscheiden, die vielleicht diesen oder jenen Großindustriellen bei der Erwerbung von Schifffahrtsaktien leiten. Die Gewährung der Kredite, die eingeweihten Kreisen sicherlich bekannt war, erklärt auch die relativ feste Haltung der Schifffahrtswerte in der augenblicklichen politischen Krise.

Börsen und II-Voot-Krieg.

Die Berliner Börse war am Sonnabend eher fest, wenn das Geschäft auch sehr gering blieb. Solange das Publikum sowohl mit Verkäufen wie mit Käufen zurückhält, vollzieht sich der geringe Umsatz fast nur zwischen Börsenbesuchern, die bekanntlich auf jede Nachricht reagieren, ohne sich durch zu große Bedenklichkeit hemmen zu lassen. Daher sind auch die Kurse nur mehr oder minder nominell. Zu der leichten Befestigung am Sonnabend hat vorzüglich die kleine Steigerung des

Marfurjes in New York von 66,75 auf 67 Dollars für 400 Mark beigetragen, was sich ähnlich wie die Steigerung des Mark beitrug. Sonst war aber die New Yorker Börse, was sich ähnlich wie die Steigerung des Marfurjes in Zürich und Amsterdam aus politischen Befürchtungen erklären dürfte, wieder ziemlich flau, wenn sich auch die Ausrückgänge der meist gehandelten Papiere in viel engeren Grenzen als am Donnerstag hielten und höchstens 5 Dollar betragen.

Die Rheinische Maschinen- und Metallwarenfabrik A. G. wird ihre Dividende von 13 auf 20 Proz. steigern und außerdem an die Aktionäre 10 Proz. gesondert in Form eines Bonus ausschütten. Sobald die genauen Abschlußziffern vorliegen, kommen wir auf das Unternehmen zurück, das vor dem Kriege gegen den übermächtigen Krupp nicht aufkam und im Kriege zu einem der größten deutschen Unternehmen der Rüstungsindustrie geworden ist. Auch die erhöhte Gewinnausschüttung gibt nur ein lächerlich schwaches Bild von den tatsächlichen Verdiensten dieser Gesellschaft, die ihre riesigen Erweiterungsbauten aus den laufenden Betriebseinnahmen bestritten hat.

Eine Reichsziegelwerke ist gegründet worden, um das Ziegelgewerbe in ähnlicher Weise zusammenzufassen und zu vertreten wie der Deutsche Zementbund die Zementindustrie.

Berichtszeitung.

Wem gehört die Werkstatt?

Mehrere Termine vor der Kammer 1 des Gewerbegerichts waren erforderlich, um Klarheit darüber zu schaffen, wer als Arbeitgeber des Klägers, eines Büglers, in Frage kommt. Der Kläger beanpruchte Schadenersatz wegen löbungsloser Entlassung und nahm dafür die Firma Cohn u. Rosenbaum, Kronenstr. 44, in Anspruch, die er aus folgenden Gründen als seine Arbeitgeberin ansieht: Durch ein Zeitungsinserat wurde ein tüchtiger Bügler gesucht für das Atelier von Cohn u. Rosenbaum, Kronenstr. 47. Der Kläger ging dorthin. An der Eingangstür der Werkstatt sah er ein Schild: „Atelier der Firma Cohn u. Rosenbaum.“ Eingeführt wurde der Kläger durch die Leiterin der Werkstatt, Fräulein Reckfowski, die ihm auch später entlich. Der Kläger hielt das Fräulein für eine Angestellte der Firma und glaubte, er sei bei der Firma Cohn u. Rosenbaum beschäftigt. Gegen diese richte er deshalb seinen Klageanspruch. Vor Gericht behauptete jedoch der Vertreter der Firma, der Kläger habe in keinem Arbeitsverhältnis zu ihr gestanden, die Firma beschäftige überhaupt keine Bügler, das Atelier in der Kronenstr. 47 gehöre nicht der Firma, sondern dem Fräulein Reckfowski, welche dort ein selbständiges Gewerbe betreibt, allerdings nur für die Firma Cohn u. Rosenbaum zu arbeiten verpflichtet sei. Als Gegenleistung für diese Verpflichtung zahle die Firma für die Atelierräume Miete, Beleuchtung, Reinigung, auch die Maschinen und sonstigen Einrichtungen des Ateliers seien auf Kosten der Firma angeschafft worden. — Alle diese Umstände sprachen dafür, daß es sich in Wirklichkeit um eine Betriebswerkstatt der Firma Cohn u. Rosenbaum handelt, die als Arbeitgeberin der in der Werkstatt beschäftigten Arbeitskräfte zu gelten habe. Um völlige Klarheit über diese Frage zu schaffen, hatte das Gericht zum letzten Termin das persönliche Erscheinen der Firmeninhaber angeordnet. Diese erklärten namentlich, den Einwand ihrer Passivlegitimation fallen zu lassen, das heißt, sie belanien sich als Arbeitgeber des Klägers, jedoch nur für den vorliegenden Fall und um die Entscheidung des Prozesses nicht hinauszuziehen. Verbindlichkeiten für die Zukunft wollten die Firmeninhaber aus ihrer Erklärung nicht hergeleitet wissen, da sie nach wie vor behaupten, Fräulein Reckfowski betreibe in den Räumen der Firma ein selbständiges Gewerbe. — Die Ansprüche des Klägers wurden schließlich durch einen Vergleich erledigt.

öcke & Blusen

Sächsische Taublöse reich bestickt, mit weißem Spitzenkragen und Paillette-Einsatz

Japon-Bluse mit eleganten mod. Einsätzen mit Hohlsaum

Krautartige Bluse in entzückend farbenpr. schillernden Mustern m. großem Kragen u. Schleiße

Schöner blauer Rod, am Gürtel reich verziert, glänzend fallend

Moderner far. erter hübschen Schnallen am eleganten Loppelgürtel

Sehr vornehm wirkender Rod mit elegantem, glänzend fallend

C & A
BRENNINKMEYER GMBH

Königsstraße 33
am Bahnhof, Isernhagen
Chausseest. 113
am Seltliner Bahnhof
Sonntags geschlossen.

Politische Uebersicht.

Der Ruf nach der preussischen Wahlreform.

Die sozialdemokratische und die liberale Presse gibt den gestrigen von uns zitierten Aufsatz Friedrich Meines über die Notwendigkeit einer schleunigen Wahlreform in Preußen in seinen wesentlichsten Stellen wieder und kommentiert ihn ausführlich. Die konservative Presse schweigt sich über ihn ganz aus.

Das ist ein starker Lobruf gegen den hervorragenden Mitarbeiter, der noch zum 18. Januar ihre Spalten mit einem Artikel füllte. Es ist aber auch ein bemerkenswertes Zeichen ihrer inneren Schwäche und Haltlosigkeit.

Die konservative Presse spürt, daß die Beweisführung Meines geradezu zwingend ist. Sie spürt aber auch, daß sie zu etwas ganz anderem zwingt, als was Meines selbst zum Schluß vorgeschlägt. Ein derfünfteltes Pluralwahlrecht, wie es Thimme verlangt und Meines in Ermangelung eines Besseren vorläufig annehmen will, ist keine Lösung. Denn die Thimmesche Wahlreform wäre nichts weiter als das Vorpiel zu neuen Wahlrechtskämpfen, ihr Erfolg wäre dem von Meines erwarteten geradezu entgegengesetzt. Nicht Befriedigung, sondern nur neue Erbitterung würde sie schaffen!

Nach dem Plan, den Thimme im „Grenzboten“ (Nummer vom 28. August 1916) entwickelt hat, soll eine sechsstellige Abstufung des Wahlrechts eingeführt werden. Zulassstimmen soll erhalten:

1. Wer seiner militärischen Dienstpflicht genügt hat.
2. Wer vier lebende eheliche Kinder oder doch zwei Söhne hat, die zum Militärdienst tauglich befunden worden sind.
3. Wer zehn Jahre dem Staate unmittelsbar oder mittelbar in einem staatlichen, kommunalen oder gleichwertigen Ehrenamt gedient hat (auch Bezirke, Rechtsanwälte usw. liegen sich in diese Kategorie einreihen).
4. Wer zehn Jahre als Arbeitgeber für eine größere Anzahl von Arbeitern Beiträge zur staatlichen Sozialversicherung geleistet hat (moder, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Rechnung zu tragen, die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter höher bewertet werden könnte); oder wer als Arbeiter die doppelte Anzahl von Jahren solche Beiträge geleistet hat.
5. Wer zehn Jahre hindurch einen gewissen, nicht zu niedrigen Satz von direkten Staatsteuern beigetragen hat (moder wiederum, um der besonderen Bedeutung des Grund und Bodens und vor allem auch des besitzlosen Grund und Bodens Rechnung zu tragen, die Grund- und Gebäudesteuer mit dem doppelten, vom besitzlosen Grund und Boden mit dem vierfachen Betrage angelegt werden könnte).

Die (im Grunde doch beabsichtigte) Verschiebung des Stimmungsgewichts zugunsten der Besitzenden würde zwar der Sozialdemokratie ein paar Mandate kosten, einen wirklichen Schutz für die Besitzprivilegien würde sie aber nicht bilden, denn den wird es nach dem Kriege überhaupt nicht mehr geben. Das Ergebnis wäre eine an Zahl etwas verleinerte, dafür aber von erbitterter Kampfstimmung erfüllte sozialdemokratische Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus!

Meines erkennt ganz richtig den politischen Fortschritt als ein Mittel der nationalen Verteidigung. Dieses Mittel nicht angewandt zu haben, das ist einer der schwersten Vorwürfe, der gegen den preussischen Ministerpräsidenten zu erheben ist. Aber auch Meines ist von dem Vorwurf der Halbheit nicht freizusprechen. Er fordert „heroische Entschlüsse“ und bietet zum Schluß ein laohes Kompromiß.

Französische Anerkennung deutscher Friedensarbeit.

Das Organ der französischen Parteiminderheit „Le Populaire du Centre“ (Nichtung Vougeot-Bresson) schreibt in seiner Nummer vom 22. Januar unter der Ueberschrift: „Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie“ das Folgende:

„Was auch unsere Wehrheitsleute sagen mögen, so wird doch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Friedensfrage mit jedem Tage klarer und in zunehmender Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Sozialismus. Es ist wahr, daß die „Humanität“ das einzige große Pariser Blatt ist, das keine Auszüge aus dem Berliner „Vorwärts“ bringt, wie dies der „Matin“ und der „Petit Parisien“ täglich tun.“

„Le Populaire du Centre“ bringt dann eine Reihe von Auszügen aus dem „Vorwärts“, die von der großen bürgerlichen Presse Frankreichs veröffentlicht worden sind, von der „Humanität“ aber nicht! Zum Schluß bringt er in fetterdrückender Stelle aus unserem Blatt, in der gesagt war, es sei sicher, daß kein deutscher Sozialdemokrat wieder für Kriegskredite gestimmt haben würde, wenn die deutsche Regierung ein Friedensangebot abgelehnt hätte, wie dies die Verbändmächte gegenüber dem deutschen Friedensangebot gemacht haben.

Die Bemühungen der „Humanität“ und ihres „Homo“, über die wirkliche Haltung der deutschen Sozialdemokratie einen möglichst unübersichtlichen Schleier zu breiten, sind auch uns längst aufgefallen, es freut uns aber, daß sie jetzt von einem französischen Parteiblatt in zweifelsfreier Weise festgestellt werden. Unterstellt wurden sie durch das abscheuliche Treiben gewisser deutscher „Politiker“, die behaupteten, der Sache des Friedens damit zu dienen, indem sie die Partei dem Ausland als „kriegswütig“ und als „gehorsame Dienerin des Imperialismus“ verleumdete. Aber auch dieser Schwindel, der von den Lesern des „Vorwärts“ längst als solcher erkannt ist, hat mit den Feststellungen des französischen Parteiblatts sein Ende erreicht.

Die deutsche Sozialdemokratie, d. h. das, was man früher als die deutsche Parteimehrheit bezeichnete, ist das einzige Mitglied der Internationale, das für den Frieden wirklich etwas getan hat. Wenn ihr die Frucht, die sie schon berührte, wieder entfällt, so liegt das an Umständen, an denen sie keine Schuld trägt. Hätte es im Dezember 1916 im Ausland starke sozialistische Parteien gegeben, die sich mit der deutschen Sozialdemokratie zu verständnisvoller Arbeit für den Frieden vereinigt hätten, es wäre alles gewonnen gewesen! Aber die französischen Sozialisten durften gar nicht arbeiten, wie die deutschen Sozialdemokraten für den Frieden arbeiteten! Dafür sorgte die „Humanität“ unter der verblendeten Leitung Renaudets!

Die innere Unwahrhaftigkeit.

In unserem gestrigen Leitartikel wiesen wir auf die innere Unwahrhaftigkeit hin, mit der die Arbeitsgemeinschaft den wirklichen Sinn der Entenienote an Wilson, ihre Eroberungs- und Vernichtungsziele zu verschleiern sucht. Daß diese Unwahrhaftigkeit eine durchaus gewollte und beabsichtigte ist, bestätigt jetzt Karl Kautsky in einem Artikel

der „Leipziger Volkszeitung“. Kautsky bemüht sich um den Nachweis der allerdings nur formell zu nehmenden Behauptung, daß für die Verschärfung des U-Boot-Krieges — die sozialdemokratische Mehrheit die Verantwortung trägt. Zu den Spitzfindigkeiten und Scheingründen, die er zusammenträgt, gehört auch die Behandlung der Entente-Note an Wilson. Kautsky meint:

Diese Note konnte man auf zweierlei Weise beantworten. Entweder legte man das Schwerkgewicht auf ihre drohende Seite, betradete sie als Herausforderung und antwortete mit einer Verschärfung des Krieges. Oder man knüpfte daran an, daß die Entente endlich einmal bestimmte Ziele kundgab und stellte ihnen eine detaillierte Verknüpfung eigener Ziele entgegen, die derzeit gefaßt waren, daß sie unabweisbar befanden, sie seien „geeignet, als Grundlage für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens zu dienen“, wie sich die deutsche Regierung in ihrer Antwort an Wilson ausdrückte.

Daß man auf eine Drohung des Gegners unbedingt mit einer „Verschärfung“ des Krieges antworten muß, ist ein eigens zurecht gemachter Trugschluß. Man kann auch sehr wohl aus einer Drohung die Konsequenz ziehen, in der bisherigen entschiedenen Verteidigung fortzuführen, und dies war wohl allgemein die Ansicht der Partei, die Kautsky mit Absicht verzerrt. Aber hören wir ihn weiter. Er führt aus, daß es in jedem kriegführenden Staate eine Kriegspartei und eine Friedenspartei gibt:

Die Kriegspartei wird um so härter sein, je größer der Schaden, den man vom Siege des Gegners, von einem durch ihn aufgehängten Frieden befürchtet. Die Friedenspartei um so härter, je weniger bedrohlich die Kriegsziele des Gegners sind...

Die Antwort der Entente an Wilson wäre sicher nicht geeignet, die Zahl der Friedensfreunde in Deutschland zu vermehren. Sie wurde in weiten Kreisen als beleidigende Herausforderung angesehen. Trotzdem fanden sich selbst unter den bürgerlichen Politikern solche, die meinten, man dürfe sich durch den ersten Hehltschlag nicht entmutigen lassen.

Also auf deutsch: Wir hätten die Kriegsziele der Entente als möglichst harmlos und unbedeutend hinstellen müssen (etwa wie Lipinski als „phantastisch“), damit auf diese Weise die Kriegspartei geschwächt und die Friedenspartei gefördert wurde! Durch ein solches Vorbeugeln an den Dingen hätten wir dann — nach Kautskys Ansicht — noch und nach dem Frieden herbeigeführt! Weil wir das aber nicht getan haben, weil für uns ein Schelm ein Schelm, ein Pferd ein Pferd und eine Larve und deutlich ausgedrückte Eroberungs- und Vernichtungsabsicht eine Eroberungs- und Vernichtungsabsicht ist, deswegen tragen wir die moralische Verantwortung für den verschärften U-Boot-Krieg. Herrlich!

Wird die Sozialdemokratie „ungefährlich“?

Gegenüber den Unkenrufen, die Sozialdemokratie sei eine „national-soziale Reformpartei“ und der Reaktion wie dem Kapitalismus „ungefährlich“ geworden, macht ein Nicht-Sozialdemokrat, Wilhelm Heile, in der „Hilfe“ diese verständige Bemerkung:

Für den Gegner sozialer Geistes und demokratischer Staatsauffassung beginnt vielleicht die Sozialdemokratie jetzt erst wirklich gefährlich zu werden. Denn eine Willkürpartei, die in ihrer Politik mit beiden Füßen fest auf dem Boden der Tatsachen steht und die Notwendigkeiten der staatlichen und nationalen Gemeinschaft anerkennt, hat natürlich ganz andere Möglichkeiten, ihren Geist zur Geltung zu bringen, als eine Partei der feststehenden Absonderung und deshalb praktisch-politischen Abstinenz.

Heile versteht die Politik der sozialdemokratischen Partei ganz richtig. Was leeren Schlagwortgehirnen als ein „Entgegenkommen“ an das herrschende System erscheint, ist in Wirklichkeit gar nichts anderes als der Gewinn höherer Kampffähigkeit im Kampfe gegen dieses System. Das haben auch seine Verteidiger ganz gut begriffen, die die sozialdemokratische Partei — besonders den „Vorwärts“ und den Genossen Scheidemann — täglich in der heftigsten Weise angreifen, während sie über die allein „Echten“ und „Wahren“ kaum noch ein Wort verlieren.

„Goldene Zeiten“.

Der Ausspruch des Janusheuer Oldenburgs, die Landwirtschaft könne nur dann genügend Kartoffeln produzieren, wenn sie einen Preis von 8 M. für den Zentner erhalte, erzeugt selbst in konservativen Kreisen Mißbilligung. So schreibt dem „Reichsboten“ ein Einsender aus dem Osten:

Nur mit tiefem Bedauern kann man von Oldenburgs Meinung und Vorschlag betreffend Preisfestsetzung für Kartoffeln lesen. Auch streng konservativ und der Landwirtschaft durchaus freundlich gesinnte Kreise haben da das Gefühl, die Landwirte sollen den Bogen nicht überspannen. Wir wissen wohl, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung vor allem den Nachwuchs des Volkes sicherstellen muß, daß das Land vor allem die Soldaten liefern muß und liefert; wissen wohl, was unser Volk der Gott sei Dank leistungsfähigen Landwirtschaft in dieser Kriegszeit verdankt. . . . Aber die Landwirtschaft darf nicht vergessen, daß es auch andere Staatsbürger gibt, die leben wollen und das Recht haben zu leben. Wir können der Landwirtschaft guten Verdienst. Aber die Lösung der Zeit ist nicht, der Landwirtschaft die Taschen zu füllen, sondern allen Ständen des Volkes das Durchkommen möglich zu machen.

Nachdem der Einsender die Oldenburgische Rechnung im einzelnen widerlegt hat, fährt er fort:

Unsere Landwirte müssen jodeln Patriotismus besitzen, und mit verschönernden Ausnahmen besinnen sie ihn auch — den Glauben lag ich mir nicht nehmen — um anderen Ständen nicht das Leben und Auskommen unmöglich zu machen. Daß es geht, beweist der äußerst mögliche Preis für Brogetreide. Ich habe hundert von kleinen und größeren Bauern gesprochen und ohne Ausnahme war ihr Urteil: die Landwirtschaft hat viel Mühe jetzt, aber goldene Zeit. Und der Großgrundbesitz wird es nicht zugeben können und wollen, daß er nicht so rentabel wirtschaftet wie der Kleinbesitz.

Der „Reichsbote“ selber schreibt dazu, daß er die Auffassung des Herrn von Oldenburg über die Ernährungsfrage jetzt für verfehlt halte, findet aber doch „ein Korn Wahrheit“ in ihr.

Düsseldorfer. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, welche die Anweisung über das Verfahren bei den Ausschüssen enthält.

Letzte Nachrichten.

Englische Niederlage in Mesopotamien.

Konstantinopel, 3. Februar. Amtlicher Generalbericht vom 2. Februar.

Tigrisfront: Nach heftiger Artilleriebeschießung griff der Feind mit mehreren Infanterieabteilungen alle unsere südlich des Tigris gelegenen Stellungen an und zwang einen unserer Bataillone, sich aus der ersten in die zweite Linie zurückzuziehen. Indessen

wurde der Angriff, den der Feind mit überlegenen Kräften gegen diese zweite Linie machte, sofort abgebrochen. An den anderen Stellen der Front gelang es dem Feinde zuerst, in unsere erste Stellung einzudringen, aber er wurde durch unseren Gegenangriff mit dem Bajonett verjagt und unsere Stellung wurde wieder gewonnen. Bei diesem Angriff erlitt der Feind größere Verluste, als er jemals bei den blutigen Kämpfen, die bisher im Irak stattgefunden, erlitten hatte. Allein vor der Front eines unserer Infanterie-Regimenter liegen mehr als tausend Tote. Die Verluste des Feindes an Toten allein betragen sicher nicht unter zweitausend. Außerdem machten wir 41 Gefangene. Unsere Verluste am 1. Februar sind verhältnismäßig unbedeutend.

Amerikas Haltung.

Washington, 2. Februar. (Neuermeldung.) Es verlautet, daß in der Konferenz auf dem Kapitol sowohl Wilson als auch der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Senator Stone und Senator Lewis der Ansicht waren, daß ein sofortiger Bruch mit Deutschland nicht gerechtfertigt wäre. Man wolle annehmen, daß Deutschland nicht beabsichtigt, Amerikaner oder ihr Eigentum zu gefährden.

London, 3. Februar. Reuter meldet aus Washington vom 2., daß sofort nach dem Kabinettsrat, der zweieinhalb Stunden dauerte, Wilson sich in aller Eile nach dem Kapitol begab, um mit dem Vorsitzenden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Stone zu sprechen.

Die Amerikaner belegen Plätze.

Amsterdam, 3. Februar. Einem hiesigen Blatt wird aus London gemeldet: Die deutsche Drohung hat an der Aufsicht der englischen Schiffe nichts verändert. Viele Amerikaner haben Plätze für die Heimreise belegt. Den Amerikanern, die bei ihrer Vorkauf Erkundigungen einzogen, wurde versichert, daß genug Schiffe vorhanden seien, um sie nach Hause zu befördern, was immer auch geschehen werde. Bei der White Star-Linie werden Plätze belegt, zumal die Abfahrt des Holland-Amerika-Dampfers auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Im Dienste der White Star-Linie wird keine Änderung eintreten.

Kein Schweizer Protest.

Bern, 3. Februar. Die Nationalratskommission hat in Anbetracht des Schrittes des schweizerischen Bundesrats vom 21. November 1916 in Berlin beschlossen, dem initiativen Vorgehen der Kantone Basel und Neuchâtel betreffend einen Protest gegen die Deportationen keine Folge mehr zu geben.

U-Boot-Erfolge.

London, 3. Februar. Lloyd meldet, daß die Bark „Svebonia“ (3283 Gr.-Reg.Ton.) versenkt wurde. — Das Reuter-Bureau meldet: Ein deutsches U-Boot versenkte den griechischen Dampfer „Pelion“ und den spanischen Dampfer „Autron“. Die Besatzungen wurden bis auf zwei Spanier gerettet.

Die Versicherungsprämien schnellen in die Höhe!

London, 3. Februar. Die „Times“ teilt mit, daß die Versicherungsprämien gestern geschrien sind, besonders für Ladungen in neutralen Schiffen. Die Prämie für transatlantische Frachtschiffe liegt von 40 Schilling auf 10 Pfund Sterling, die für Passagierschiffe von 30 Schilling auf 5 Pfund Sterling.

„Verkleidete Zivilisten“.

Der Wert der rumänischen Armee wird gekennzeichnet durch einen Bericht des Kommandeurs des 75. Infanterie-Regiments an die 1. Division vom 18./26. November 1916, der folgendermaßen lautet:

„Ich beehre mich, Ihnen zu melden, daß dieses am 2./22. November aufgetriebene Regiment aus Rumänien besteht, die vom Militärdienst befreit, reformiert (bei späterer Untersuchung erst als tauglich befunden) oder dispensiert waren und eine unvollständige Ausbildung besitzen. Mehr als die Hälfte der Leute hat nicht eine Uebung geschossen, auch fehlen ihnen die aller-elementarsten Gefechts- und Schießkenntnisse. Das Regiment besitzt keinen ambulanten Sanitätsdienst, kein Verbandzeug, keine tragbaren Geräte, keinerlei Druckfächer, keine Gasmaske, keine große Ausrüstung und keine vollständige Heine Ausrüstung. Das Regiment hat keine Kadres. Die Kompanien sind je einem Rejensekundanant unterstellt und die Führung der Bataillone haben zwei Oberleutnants. Was die Kapitulanten und die Unteroffiziere betrifft, so sind diese erst jetzt befördert worden und haben keine Ausbildung. Der Unterzeichnete hat das Kommando am 9./29. November übernommen und zu gleicher Zeit erhielt er auch den Befehl zur Verladung des Regiments. Alle diese Mängel habe ich dem Instruktionszentrum Boca-Sarat rapportiert, jedoch ohne ein Resultat. Ich schlage vor, daß dem Regiment die absolut nötige Zeit zur Vorbereitung und zur Erwerbung der elementarsten Kenntnisse, sowie zur Befestigung der Mängel gegeben wird. Der Kommandeur des 75. Infanterie-Regiments Oberleutnant Votol.“

Schweres Eisenbahnunglück auf der Strecke

Nachen—München—Glabach.

Zeit Tote — mehrere Verletzte.

Nachen, 3. Februar. Amtlich. Bei der Stadthalle Hinkentraf an der Strecke Nachen—Glabach—Nachen fuhr heute vormittag gegen 8 Uhr der aus der Richtung München—Glabach kommende Personenzug 402 auf den verbotenen, aber in der Ansahrt begriffenen Personenzug 308. Durch den heftigen Anstoß wurden die drei letzten Wagen des Personenzugs 308 teilweise ineinandergeschoben. Acht Reisende wurden getötet, mehrere teils schwer, teils leicht verletzt. Beide Hauptgleise waren etwa vier Stunden gesperrt. Der Sachschaden ist nicht bedeutend. Der Unfall ist auf das Ueberfahren eines Signals zurückzuführen.

Neue schwere Explosion im Hafen von Archangelsk.

Petersburg, 3. Februar. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Admiralstab teilt mit: Am 26. Januar erstand bei der Entladung des Eisbrechers „Tscheljuskin“ bei einem der Ausladeplätze in Archangelsk eine Explosion und ein Brand, der sich sofort in den Gehäusen dieses Eisbrechers verbreitete. Der Brand verursachte Schaden unter den Gebäuden beim Bahnhof, unter einigen Lagern, Schuppen und Baracken. Von den Schiffen wurde außer dem „Tscheljuskin“ ein Schlepper zerstört. Außerdem erlitten 5 Dampfer Beschädigungen, drei nur leichte. Unter den 344 Verletzten sind drei Offiziere und 90 Soldaten. 39 Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht endgültig festgestellt, sie beläuft sich anscheinend auf etwa 30. Am 31. Januar konnten die Dampfer schon wieder an der Unglücksstelle anlegen. Die gewöhnlichen Ladearbeiten werden ungehindert fortgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Mannschaftsmangel und Hilfsdienstgesetz in der Binnenschifffahrt.

Um die Eisenbahn zu entlasten, soll die Binnenschifffahrt mehr als bisher zur Güterbeförderung herangezogen werden. Dies ist aber nur möglich, wenn genügend schiffahrtskundiges Personal vorhanden ist. Schon bei Beginn des Krieges trat ein Mannschaftsmangel ein, der darauf zurückzuführen ist, daß in der Binnenschifffahrt durchweg nur junge militärpflichtige Leute beschäftigt sind. Es wurde deshalb schon 1914 eine Reduzierung der Besatzung vorgenommen, doch konnte auch diese Maßnahme den Mannschaftsmangel nicht beheben. Später wurden dann wehrliche Arbeitskräfte zugelassen. Aber auch dadurch trat keine wesentliche Besserung ein, da die Frauenarbeit in der Binnenschifffahrt nicht in dem Maße möglich ist wie in anderen Berufen. So besteht heute noch nach wie vor eine gewisse Skarität in der Besetzung der Fahrzeuge mit ausreichenden Mannschaften.

Gewiß ließe sich Besserung schaffen, wenn die Unternehmerverbände mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam zur Lösung dieser Frage bereit wären; hiervon wollen aber die Reeder nichts wissen.

Der Mangel an Mannschaften ist nicht zuletzt auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Berufe zurückzuführen, viele Mannschaften haben ihren Beruf gewechselt und arbeiten in der besser entlohnten Kriegsindustrie. An den Umschlagplätzen haben die Mannschaften beim Löschen und Laden eine Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden. Befinden sie sich auf der Reise, so ist die Arbeitszeit unbeschränkt, auch des Sonntags muß gearbeitet werden. Die Anforderungen an die Mannschaften sind gegen früher ganz bedeutend gestiegen.

Nun haben die Generalkommandos Aufrufe erlassen, wonach ehemalige Schiffmannschaften sich zum Schiffsdienst melden sollen; diese Aufrufe dürften in Anbetracht der bestehenden Zustände aber kaum den gewünschten Erfolg haben. Schon in Rücksicht auf die Führung eines getrennten Haushalts — weil der Schiffer meist auf Reisen selten mit seiner Familie zusammen sein kann — muß seine Entlohnung eine ausreichende sein. Hinzu kommt die eigentümliche Haltung der Unternehmer, die völlig diktatorisch vorgehen und die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse strikte ablehnen.

Bisher konnte die Binnenschifffahrt auch nur aufrecht erhalten werden durch zahlreiche Reklamationen und umfangreiche Zurückstellungen.

Das Pflichtdienstgesetz gibt nun den zurückgestellten und reklamierten Mannschaften das Recht, den Betrieb zu wechseln, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Höhere Löhne gelten als wichtiger Grund. Und so steht die Besatzung der Schiffe vor neuen Schwierigkeiten, die einer baldigen Lösung bedürfen. Hier muß das Kriegsamt eingreifen.

Das Pflichtdienstgesetz ist nach den Beschlüssen des Ausschusses den Verhältnissen der Binnenschifffahrt angepaßt, denn der Schiffsbetrieb hat eine andere Struktur als ein stationärer Betrieb. Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse, wie solche in industriellen Betrieben jetzt gewählt werden müssen, fällt hier fort, weil die Betriebe sich auf ein oder mehrere Stromgebiete ausdehnen, die Mannschaften also nie die Mög-

lichkeit haben, gemeinsam zu beraten und Arbeiterausschüsse zu wählen. Die Mannschaften können sich daher an die Schlichtungsstelle des Ortes wenden, an dem die Firma ihren Sitz hat. Außerdem muß den Mannschaften das Recht zuerkannt werden, sich durch andere Personen vor den Schlichtsstellen vertreten zu lassen, da ihnen diese Möglichkeit infolge ihrer den Ort stetig wechselnden Tätigkeit nicht gegeben ist.

Deutsches Reich.

Verbandsrat des Metallarbeiterverbandes. Nur sehr wenige unserer Verbände haben während der Kriegszeit ihre jährlichen Verbandstage abgehalten. Der Metallarbeiterverband berief schon vor zwei Jahren eine Generalversammlung des Verbandes nach Berlin ein. Auch in diesem Jahre findet eine ordentliche Generalversammlung statt, und zwar am 27. Juni in Köln a. Rh. Der Vorstand hat dazu beabsichtigt, daß er damit vor allem einem im Besonderen Organisationsbedürfnis genügend Rechnung trägt. Er habe das Bedürfnis, Rechenschaft über seine Tätigkeit während der letzten zwei Jahre zu erlassen und mit den Delegierten etwa zu ergreifende Maßnahmen zu beraten. Das gleiche Bedürfnis hätten wohl auch die Mitgliedschaften, sich mit dem Vorstand über die Tätigkeit des Verbandes in der Kriegszeit ausdrücken zu wollen. Die Gewerkschaften hätten es mehr denn je notwendig, alle ihre Einrichtungen untätig zu halten und weiter zu stärken. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie habe einen ungeahnten Umfang angenommen, wozu beim Vorstandsbereich manches zu sagen sei. Auch das Hilfsdienstgesetz stelle große Anforderungen an die Gewerkschaften und weist ihnen neue Aufgaben zu. In den nach diesem Gesetz zu errichtenden Ausschüssen hätten vor allem auch die Metallarbeiter dafür zu sorgen, daß den Arbeitern ein der Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts entsprechender Verdienst gesichert wird.

Außer Verbandstragen steht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung: „Die Schaffung von Staatsmonopolen in der Eisen- und Metallindustrie und die Arbeiter“. — Die Generalversammlung dürfte wohl nur wenige Tage in Anspruch nehmen.

Feldpost-Zeitung für Holzarbeiter. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes gibt an seine zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eine besondere Zeitung heraus, durch die die Holzfrauen über die wichtigsten Vorkommnisse im Gewerbe und im Verbandsunterricht werden. Die Zeitung erscheint nicht periodisch. Die erste Nummer erschien im Juni vorigen Jahres, die zweite Nummer ist jetzt im Januar erschienen. Der Vorstand erklärt, diese Nummer müsse noch erscheinen, weil alle lehrwürdigen Hoffnungen auf Frieden sich nicht erfüllt hätten. Durch diese Zeitung werden die beim Heere stehenden Mitlieder unterrichtet über den Stand des Verbandes, über die Tarifbewegungen und über sonstiges Wissenswertes aus den Holzstellen. Eine Liste der zum Heere eingezogenen Verbandsangehörigen zeigt, daß auch in diesem Verbands viele ihre friedliche Tätigkeits- und Organisationsarbeit mit dem Dienste für das Vaterland verbinden müßten. Diese Feldpost-Zeitung, die den Mitgliedern durch ihre Frauen resp. Angehörigen und direkt vom Vorstand unentgeltlich zugewiesen wird, dient sicherlich als gutes Bindeglied zwischen dem Verband und den Holzfrauen.

Berlin und Umgegend.

Hilfsdienst und technisch-industrielle Beamte.

Ein erfolgloses Sparta-Kundstakt.

Der Senatsausschuß des Bundes der technisch-industriellen Beamten hatte zur Erörterung des Hilfsdienstgesetzes für den 30. Januar eine Mitgliederversammlung nach dem Heeresvereinshaus einberufen, zu der der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen, als Hauptreferent gemeldet worden war. In letzter Stunde wurde offenbar von einer bestimmten politischen Gruppe der Versuch gemacht, diese Versammlung zu einer Protestkundgebung gegen den Bundesvorstand, wie überhaupt gegen

die sämtlichen Gewerkschaftsleitungen auszugestalten. Mit welchen Mitteln hierbei vorgegangen werden sollte, zeigt der Inhalt einer anonymen Flugschrift, in der es u. a. heißt:

„Unser Bund ist gegründet worden, um die wirtschaftliche Hebung unseres Standes, die soziale Befreiung unserer Arbeit zu erkämpfen. Wir waren politisch neutral und müssen es sein auf Grund unserer Satzungen.“

Was geschieht jetzt?

Der Vorstand und die Beamten, anstatt nach diesen Richtlinien ihre ganze Kraft einzusetzen, sind zu freiwilligen Geiseln der Regierung geworden.

Das Hilfsdienstgesetz betraut uns unserer wirtschaftlichen Freiheit, die zu erkämpfen wir uns zusammengeschlossen; es nimmt uns die Freizügigkeit, die einzige Grundlage, auf der eine ernstgemeinte radikale Organisation überhaupt existieren kann. — Der Vorstand bringe es nicht einmal zu einem formellen Protest! ...

Dann wird in schönster Sparta-Kundstakt gegen die Angestellten gewettert und zum Schluß heißt es:

Auf zum Protest gegen das Cohen-Referat!

Dieser politische Zerlegungsvorwurf, der mit ganz ähnlichen Mitteln zurzeit auch innerhalb der Arbeitergewerkschaften gemacht wird, ist jedoch kläglich mißlungen.

Schon vor Beginn der Versammlung waren Soel- und Galerien überfüllt. Cohen erläuterte in einem 15stündigen Referat eingehend alle Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes und zeigte vor allem die gewerkschaftlichen Möglichkeiten, im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes auch für die technischen Industrieangestellten eine Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse und die Anpassung an die herrschende Teuerung herbeizuführen.

Die Ausführungen des Arbeiterführers wurden von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftester Zustimmung aufgenommen. Ein Diskussionsredner versuchte zwar, das Hilfsdienstgesetz als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und Angestellten darzustellen und auch gegen die gemeinschaftliche Kundgebung, die die Gewerkschaften und Angestelltenverbände anlässlich der Ablehnung der deutschen Friedensnote durch die Entente-mächte erlassen hatte, Stimmung zu machen, blieb indes mit seiner Kritik in einer hoffnungslosen Minderheit. Alle übrigen Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit einer Mitwirkung der Berufsverbände bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes. Schließlich gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es die Versammlung als die Pflicht aller organisierten Angestellten erklärt, „an dem Ausbau der im Gesetz vorgesehenen sozialen Schutzeinrichtungen tatkräftig mitzuwirken und für die Wahrung derselben im Interesse aller Arbeitnehmer zu sorgen. Die Versammlung erkennt die Tätigkeit des Bundesvorstandes in Sachen des Hilfsdienstgesetzes an und erwartet, daß er auf dem gleichen Wege fortschreitet“. Wegen der Entschließung stimmten von den etwa 500 anwesenden Mitgliedern 7 Personen. Der gewollte Protest gegen das Cohen-Referat und damit gegen die Politik der Gewerkschaften überhaupt ist demnach gründlich ins Wasser gefallen.

Eingegangene Druckschriften.

Sundert Jahre italienischer Geschichte, 1815—1915. Von Zuko R. Hartmann. Verlag Georg Müller, München.

Ältere Reihe. Von Victor Gahn. Band 1. Preis 1 M. Verlag der „National-Zeitung“, Berlin NW 6.

Die Jakobskinder. Roman von Elisabeth Braundorf. Preis 3 M. Verlag Egon Hirschel u. Co., Berlin W 9.

Aus dem Hüllhorn der edlen deutschen Musik. Verlag „Hymnophon“ (Hermann Augustin, Berlin C, Straußendamm 10/12).

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Lembofel; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußlar; für Inserate: Ed. Glöckel, Berlin-Druck u. Verlag: Hermann Augustin u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

Blusen

- Tüll-Bluse in reicher Ausführung
- Bluse aus weißem dünnen Waschstoff mit Spitzen garniert
- Bluse a. gestickt, gut. Wasch-Schleierstoff, günst. Preislage
- Bluse a. buntgemust. Waschschleierstoff, helle u. dunkle Farb.
- Bluse aus Perl-Seide, halsfreie Formen mit einfarb. Kragen
- Bluse aus schottisch kariertem Seide mit einfarbigem Kragen
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff mit verschiedenen Kragen
- Bluse aus Perl-Seide, reich gestickt

Damen-Mäntel

- Flausch-Mäntel lose Form mit Gürtel und Samtkragen
- Flausch-Mäntel Glockenform, verschiedene Farben
- Flausch-Mäntel Glockenform mit Pelzkragen

Unterröcke

- Unterröcke aus schwarzem Satinstoff, preiswert
- Unterröcke verschiedene Ausführungen, halb- und reinwollenen Stoffe
- Unterröcke aus reinseidenen Bändern in bunten Farben
- Halbseidene und reinseidene Unterröcke aus Taffet und weicher Seide in modernen Ausführungen und reicher Farben-Auswahl

Damenkleider

Große Auswahl

von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen in modernen Stoffarten wie Seidentrikot, Chinakrepp, Perlseide, Taftseide, Schleierstoff

Morgenröcke

- Morgenjacke aus baumwollestem Flanell, in preiswerter Ausführung
- Morgenjacke aus Flauschstoff in verschiedenen Formen
- Morgenrock aus Flauschstoff mit bunter Bordüre
- Morgenrock aus Flauschstoff mit Atlas- oder Seidengarnierung
- Morgenröcke aus Seide in einfacher und eleganter Ausführung, in großer Auswahl

Moderne Schleier

in großer Auswahl

mit Seiden-, Gold- oder Stahlfäden durchzogen

Maß-Abteilung

Anfertigung von Damen-Kleidung in elegantester Ausführung.

Eingang neuer Frühjahrs-Modelle

in Jackenkleidern, Mantelkleidern, Mänteln Nachmittags- und Abend Kleidern

Kleiderröcke

- Kleiderröcke blaugrün gestreifter Stoff, mit Taschen
- Kleiderröcke braun gestreifter Stoff, mit aufgesetzten Taschen
- Kleiderrock aus schwarzem Foulé mit Stoppereiverzierung
- Glockenrock aus grau gestreiftem Stoff, Westengürtel mit Tresse eingefast
- Glockenrock a. blauem Foulé m. Biesengürtel und Taschen

Moderne

Uebergangs-Hüte

Kunstseide, Taffet und glatter Seide Neueste Formen und Farben

weib-waren

- Kapuziner Kragen aus Mull mit Spachtel-Motiven
- Blusenkragen aus Tüll mit Volant, Hohlsaum
- Fichu aus Tüll, reich mit Spitze garniert
- Blusenkragen aus Mull, Tüllmotiven, breit. Spitzengarnierung

- Blusenkragen aus Mull mit Hohlsaum und breiter Spitze
- Fichu, Tüll, gezogen, mit breiter Spitze und Seidenschleife
- Blusenkragen Tüll, mit Volant und Spitzengarnierung

Aus Groß-Berlin.

Eis Sonntag auf der Müggel.

Festgebannt liegt jetzt die große Fläche des Müggelsees. Am Sommer tummeln sich Ruderer und Segler auf ihm. Dampfer mit Schlepplügen ziehen ihre Bahn. Wenn der Sturm das Wasser peitscht, dann schaut er gar grimmig aus, und manchen Waghals haben seine Wellen schon verschlungen. Nun hat ihn die Kälte zu Eis erstarrt. Der Winter hat über ihn gefegt und die Menschen ergötzen sich auf seinem Spiegel. Zu einem richtigen Volksfeste gestaltete sich stets das Leben und Treiben auf der Müggel. Bei Konzert und Beleuchtung ging es in Friedenszeiten bis in die Nacht hinein. Aber auch gegenwärtig finden an schönen Sonntagen wahre Völkerverwanderungen nach Friedrichshagen statt. Der schneebedeckte Berg lockt noch immer viele Tausende zu dem See und seiner Umgebung, wo sich dann — namentlich in dem jetzigen windstillen Frostwetter — ein Sporttreiben entwickelt, das an Fülle und Buntheit mit dem von St. Moritz, Schierke und Oberhof beinahe weiteifern kann. Den Schlittschuhläufern, die sich vor kurzem noch an der Friedrichshagener Seite hielten, weil sie der Eisdecke in der Mitte nicht recht trauten, steht jetzt die Fläche in ihrer ganzen Ausdehnung frei. Während die Segelschlitten auf den nötigen Wind warten, faulen Motorfahrern gleich Rennbooten über den See. In langen Karawanen ziehen die Besucher zu den „Kaffee“-Gärten und zu den Nobelbahnen auf den Uferhügeln. Diese Bahnen sind von Pionieren kunstgerecht angelegt und erfreuen sich einer ständig wachsenden Beliebtheit. Sogar die Skiläufer kommen auf ihre Rechnung und können in dem bergigen Terrain die kühnsten Sprünge riskieren, ohne von einer Lawine verschüttet zu werden oder in eine Gletscherpalte zu geraten.

Selten genug ist solch ein Winter wie der diesjährige, und der Müggelsee und seine Berge könnten eine unerhörte Glatzperiode erleben, wenn — ja wenn die Zeiten eben andere wären. Aber es fehlt die jugendliche Männerwelt. Und wenn die Berliner sonst zu sagen pflegten: „Kein Verjüngen ohne Damens!“ so seufzt jetzt manche Nodlerin: „Ohne Männer ist es doch man bloß der halbe Verjüngen!“ Denn selbst beim Sport muß die richtige Berlinerin nebenbei auch etwas fürs Herze haben, und Kaffee-Erlass allein macht die Seele nicht warm, — zumal „bei die Kälte!“

Rentiert die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen?

Die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen bringt angeblich den Straßenbahngesellschaften keinen nennenswerten Vorteil. Behauptet wird u. a., daß sogar viele Personen in dem Gedränge kostenlos fahren. Untersuchungen, wie die durchschnittliche Wageneinnahme pro Kilometer sich verhalten hat. Aus den Zahlen der gefahrenen Kilometer und der dabei eingenommenen Beträge haben wir für November 1916 — erst bis dahin sind sie jetzt veröffentlicht — den Einnahmedurchschnitt berechnet, und zur Vergleichung setzen wir daneben den von uns berechneten Einnahmedurchschnitt für November 1915. Bei der Straßenbahn Berliner Straßenbahn brachte durchschnittlich der Wagen pro Kilometer im November des vorletzten Jahres 46% Pf., dagegen in demselben Monat des letzten Jahres 52% Pf., das ist um 6 Pf. mehr, gleich 13 Proz. der früheren Wagenkilometereinnahme. Ebenso steigerte sich von vorletzten zum letzten Jahr der Einnahmedurchschnitt für November bei den mit der „Großen Berliner“ verknüpften anderen Straßenbahngesellschaften, bei der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn von 41% Pf. auf 46% Pf., um 5 Pf., gleich 12 Proz., bei der Westlichen Berliner Vorortbahn von 42% Pf. auf 47% Pf., um 5 Pf., gleich 12 Proz., bei der Südlichen Berliner Vorortbahn von 31% Pf. auf 35% Pf., um 4 Pf., gleich 13% Proz. Das sind wirklich beachtliche Fahrgehalte, von denen sich durch Hinweis auf die angeblichen Gratisfahrer nichts abhandeln läßt. Ein noch besseres Geschäft haben übrigens die Straßenbahnlinien der Stadtgemeinde bei der Ueberfüllung ihrer Wagen ge-

macht. Für sie erhöhte sich die Wageneinnahme pro Kilometer von 48 Pf. auf 55% Pf., um 7% Pf., gleich 15 Proz. Die gleichfalls der Stadt gehörende Siemens- und Hallesche Linien hatten eine Steigerung von 35% Pf. auf 48% Pf., um 13% Pf., was sogar über 24 Proz. des früheren Einnahmedurchschnitts bedeutet. Man sieht, wie die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen rentiert!

Stärkerer Zubrang zu den Kinderhorten.

Der Hauptverein Kinderhort zu Berlin, dem aus Stadtmitteln zu dem für das Verwaltungsjahr 1916/17 bereits früher bewilligten Zuschuß von 30 000 M. jetzt eine dringend notwendige weitere Beihilfe von 5000 M. bewilligt worden ist, hat in der letzten Zeit eine außerordentliche Mehrung seiner Schütlinge gehabt. Obwohl er in 1916/17 die Horte von bisher 42 auf 47 vermehrte, konnten bei weitem nicht alle Kinder, deren Aufnahme gewünscht wurde, untergebracht werden. Einige Horte haben schon 60—70 Kinder in ihrer Obhut, während sonst 40—45 die übliche Belegung war, und der Verein mußte in den Monaten Oktober bis Dezember noch über 300 Kinder abweisen. Er erklärt diese Mehrung des Zubrangs zu seinen Horten aus den besonderen Verhältnissen der Kriegszeit, auf die er auch die gleichzeitige Minderung der von den Eltern geleisteten Verpflegungsbeiträge zurückführt.

In solche Schwierigkeiten würde dieser Zweig der Kleinkinderpflege nicht geraten sein, wenn heutzutage die alte sozialdemokratische Forderung der Verstaatlichung erfüllt worden wäre, die ja in der jüngsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten erneut zum Ausdruck gebracht worden ist.

Der Hering, sein Ende und sein Glück.

Zu den vielen Wertveränderungen, die der Krieg im Gefolge hat, gehört auch das merkwürdige Schicksal des Herings. In normalen Zeiten hat der Proletarier der Fische keine Schuldigkeit getan — wie alle Proletarier —, ohne daß er weiter brachtet oder Aufhebens davon gemacht wurde. Es war seine Lebensaufgabe, in Massen gefangen zu werden und zu lächerlich billigen Preisen — würden wir heute sagen — auf den Markt zu kommen. Als gesalzener und saurer Hering, in geräucherter und marinierten Form war er immer zur Verfügung. Nur wenige haben sich Gedanken darüber gemacht, was für ein edler und feiner Fisch es war. Einen Hering sah, der schon vor Jahren gefasst hat: Der edelste Fisch ist der Fering; wenn der Hering so teuer wäre, wie die Forelle, dann erst würde man ihn nach seinem vollen Werte zu schätzen wissen. Aber die anderen verpeitschten ihren Hering meist ohne Dankempfindung oder Verehrung. Denn er war immer da und wachte sich nicht in Preis zu legen.

Der Krieg hat dies Verhältnis von Grund aus geändert. Der Hering hat eine unerhörte Karriere gemacht. Zunächst blieb er noch lange die Jussucht des immer ärmer werdenden Mittags- und Abendbrotbes, freilich, er stieg dabei im Preise, aber er war doch noch da, sozusagen immer billig, sich verpeitschen zu lassen. Leider wurde er dann selbstbewußter und stellte immer höhere Ansprüche. Früher hatte er 10, 20 und 30 Pf. gelostet — je nach seiner besonderen Verächtlichkeit. Allmählich stieg er auf 50, 60 und 80 Pf. Aber er war immer noch da, und als die Käsezeit längst prästorisch geworden, gab es immer noch den fetten und fleischreichen Hering. Aber schließlich schnappte er in vollen Größenwahnsinn über. Schon vor einigen Wochen hat mein Heringsenthusiast 90 Pf. für einen größeren Salzhering bezahlen müssen und die geräucherter Badesheringe kosteten die letzten Wochen 85, 90 Pf., dann 1 M., dann 1.20 M. Dazwischen kamen immer appetitsteigernde Pausen, wo es gar keinen gab, und dann hatte der Hering wieder einen häßlichen Sprung gemacht. Das sonst so bescheidene Tier war nicht wieder zu erkennen: sogar nachts läte er sich als Karriereflieger.

Kaum waren abends die Läden geschlossen, so trat eine merkwürdige Heringswanderung ein, aus dem Koffen zu 80 Pf. spazierten die jetzt geduldeten Herren von Hering in ihrer goldenen Rüstung in die zu 90 und am nächsten Tage zu 1 M. und erst bei 1.20 M. machten sie vorläufig eine gewisse Anstandspause — immer dieselben Heringe, die inzwischen höchstens älter und trockener geworden waren. Nun aber kommt das Sonderbare: ein erstaunlicher Umwälzung, eine glänzende Befestigung der immanenten Dialektik: auf der höchsten Stufe realisiert der Hering sich selbst, er hört auf, eine ehbare

Sache zu sein, er verschlingt sich zum reinen Begriff, der jeden Kompromiß mit der gemeinen Wirklichkeit ablehnt, er fährt zum Heringshimmel, er verschwindet.

Kein Hering ist mehr zu finden. Der Hering hat den Befehl aller anderen Fischkonkurrenten geschlagen: er ist unbezähbar geworden. Er rächt sich für die jahrhundertelange Unterdrückung. Wie es so oft geschieht, wird er erst voll erkannt, wo es zu spät ist, wo also späte Tränen um einen teuren (als ja schließlich sehr teuren) Entschlafenen rinnen. Wir sind um eine schöne Erinnerung reicher und um einen guten Jambis ärmer. R. i. p.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Magistrat bittet uns, bekanntzugeben, daß er bestrebt sein wird, die Kartoffelzusatzkarten der Schwerarbeiter, die auf 2 Pfund pro Woche und Kopf lauten, und die Kartoffelkarten der Militär- und Arbeiter in der Woche vom 5.—11. Februar, in der eine allgemeine Verteilung von Kartoffeln nicht stattfindet, mit Kartoffeln einzulösen. Jeder dieser Karteninhaber soll sich daher wegen Verteilung an seinen Kleinhändler wenden. Wenn über die so erforderliche Menge hinaus noch Kartoffeln zur Anfuhr nach Berlin gelangen, so sollen die gemeinnützigen Speiseanstalten, die Kantinen gewerblicher Betriebe und endlich auch noch die Schank- und Speisewirtschaften in der angegebenen Reihenfolge mit Kartoffeln versorgt werden. Der Bezug der Kartoffeln für die genannten Versorgungsbetriebe erfolgt, wie bisher, durch den Groß- oder Kleinhändler. Der Kleinhändler erhält die erforderlichen Bezugskarte, wie gewöhnlich, von seiner Brotkommission.

Das Bureau der Poststelle Groß-Berlin (Käse) ist jetzt nach der Burgstr. 3 verlegt worden. Telefonnummer über die Zentrale der Abteilung für Brotverteilung. In der Woche vom 5.—11. Februar können auf Abschnitt Nr. 25 der Berliner Lebensmittelkarte höchstens 4 Pfund Roggkuchen abgegeben werden.

Kartoffelmangel und Volksspeisung.

Infolge des Kartoffelmangels sollen nach der Verfügung des Berliner Magistrats in gemeinnützigen Speiseanstalten und Kantinen auf die Woche vom 5. bis 11. Februar von der Kartoffelkarte nur zwei Abschnitte genommen werden. Wie wir erfahren, gilt das nicht für die Berliner Volksspeisung, die bei Vorausbestellung auf die kommende Woche schon von der Kartoffelkarte vier Abschnitte einbehalten hat. Sie sei, sagt man uns, noch so weit mit Kartoffeln versorgt, daß sie einwöchentlich noch dieselbe Wochenmenge Kartoffeln wie bisher geben kann.

Zweiter Berliner Reichstagswahlkreis. Durch einen Irrtum ist die Notiz veröffentlicht, daß der Genosse R. Fischer in der Generalversammlung des nicht mehr zur Partei gehörenden Wahlvereins als Korreferent sprechen wird. Das ist natürlich nicht der Fall. Alle auf dem Boden der Weisheit des Parteiausschusses stehenden Genossen des zweiten Kreises versammeln sich heute früh 10 Uhr Lindenstraße 3, 3. Obergehohe, rechts parterre.

Georg Schöder, Hagenbergstraße 58.

Beschränkung der Brotkartenfreizügigkeit in der nächsten Woche. Der Berliner Magistrat hat verfügt, daß die beiden Reklambüros der Proletarier für die Woche vom 5. bis 11. Februar im Bezirke der Stadt Berlin nicht zur Entnahme von Mehl, sondern nur zur Entnahme von 200 Gramm Gebäck berechtigt. Auf Grund dieser Maßnahme haben mehrere Vororte die Berliner Brotkarte für ihren Bezirk als ungültig erklärt, weil sie sonst Gefahr laufen, daß die Berliner sich in den Vororten Mehl holen.

Ein Brotdiebstahl wurde am Freitagabend in einer Bäckerei am Markgrafendamm verübt. Ein Junge schlich sich in einen unbewachten Laden ein, erwischte drei Brote und wollte sich davon machen. Als in diesem Augenblicke die Bäckerfrau den Laden betrat, warf er ein Brot hin und rief mit den beiden andern aus. Die Frau fiel ihm auf die Straße nach, und es gelang ihr, dem Jungen die Brote wieder abzuholen. Er selber entkam. Brotdiebstahle sollen in dieser Bäckerei schon öfter vorgekommen sein.

Unzulässiges Kohlenfahren wird jetzt in den Stadt- und Ringbahnhöfen getrieben, die oft den ganzen Tag oder wenigstens bis zum Abend ungeheizt fahren. Bei dieser Kälte! Die Stadtbahn spart durch die ungemessene Verminderung der Hitze Kohlen genug. Sie hat kein Recht, ihre Reisenden krank zu machen.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Zapolska.

V. Unter polizeilicher Aufsicht.

In dem dunklen Flur wimmelte es von Menschen. Einige hielten brennende Laternen in der Hand. Der schwüle Geruch durchdränkter Uniformen erfüllte die Luft.

Josselle, der mit seiner Geige unter dem Arm, die Laterne in der rechten Hand hielt, kam sofort auf Kliski zu und sagte ihm am Arm.

„Das ist der Herr Wachtmeister“, sagte er mit bedeutungsvollem Blinzeln.

Vom zweiten Stockwerk kam ein hochgewachsener, blasser Mensch mit verschlafenen Fischaugen herunter. Der blonde Schnurrbart fiel ihm über die Lippen. Sein Gesichtsausdruck war unzufrieden und gelangweilt. Man sah ihm an, daß er aus seinem warmen Bett herausgerissen worden war; das verzog er nicht so leicht.

Als er Kliski bemerkte, machte er ganz offenkundig eine Grimasse und stellte sich vor: „Piotr Zwanowitsch Markowski“.

Dann streckte er den mit einem Schafstiefel bekleideten Fuß vor und berührte Josselle damit.

„Mark, Jude!“ Josselle sprang auf, zog Kliski mit und eröffnete den Zug. Die Treppe zitterte unter den schweren Tritten der Polizisten, die schweigend, die dunklen, leuchten Wände freisend, hinuntergingen. Endlich traten sie auf die Straße hinaus.

Sie gingen über den Fahrbaum, im größten Schmutz, ohne darauf zu achten, daß sie in lauter Pfützen waten. Kliski kam in seinen Gummischuhen schwer vorwärts. Aber auch er durfte nicht auf dem Trottoir gehen, weil er die Führung übernommen hatte und es Polizisten nur erlaubt war, auf dem Fahrbaum zu gehen.

Dicht hinter Kliski folgte seiner Markowski, der vor But in den größten Schmutz hineinstampfte, daß er hoch aufspritzte. Die anderen Polizisten gingen in gedrängtem Haufen und bespritzten sich gegenseitig, sobald ihre Laternen sehr bald mit einer Schmutzkruste bedeckt waren und nur ein mattes, flackerndes Licht verbreiteten. Nur von Josselles hoch empör-

gehobener Laterne hüpfte das helle Licht über den schwarzen Boden.

Kliski ging, umgeben von dem feindseligen Schweigen dieser Schar, dem blinden Werkzeug jenes Gewaltigen, der sie in die schwarze Nacht hinausgeschickt hatte.

Sie kamen am Marktplatz vorbei. Kliski versank immer tiefer in seine Gedanken. Plötzlich fühlte er, daß jemand seine Schulter berührte.

„Verzeihen Sie, wohin führen Sie uns denn?“ ließ sich Markowski's ironische Stimme vernehmen.

Kliski überlegte eine Weile, dann sagte er:

„Es muß auf dem Stadtwall passiert sein!“

„Schön“, erwiderte Markowski höflich, „gehen wir also nach dem Stadtwall.“

Kliski entriß jetzt ungeduldig dem Juden die Laterne und begann den Weg selber zu erleuchten. Die Polizisten folgten ihm langsam. Doch half ihm keiner, die blutigen Spuren aufzufinden.

„Haben Sie etwas verloren?“ fragte Markowski plötzlich.

„Nein!“ erwiderte Kliski trocken. „Ich suche Blutspuren.“

„Ach, lassen Sie das doch!“ rief der Gehilfe des Polizeimeisters mit gelangweilter Stimme.

Als hätte Josselle auf dieses Signal nur gewartet, sagte er Kliski beim Arm und schob ihn energisch vor sich her.

„Der gnädige Herr wird nichts finden“, sagte er, „wenn etwas da war, haben die Leute es zertreten; es ist wirklich schade, daß Herr Markowski und seine Leute sich so anstrengen müssen.“

Bald darauf fügte er vertraulich, von einer überleuchtenden Wolke umgeben, hinzu:

„Herr Markowski ist ein sehr ordentlicher Mensch!“

Am Ende der Straße zog sich ein dunkler, hoher, weit-entfernter Erdstreifen. Dahinter rauschte, flutete, wogte und brauste etwas.

„Das Schwarze dort ist der Wall“, sagte Josselle.

Kliski gewöhnte sich allmählich, die Dinge in der Dunkelheit zu unterscheiden. Er bemerkte jetzt, daß auf einem Wall Gärten und Gebäude emporkragten, doch brannte nirgends eine Laterne. Der wolkenbedeckte Himmel schien heller und hob die Umrisse der Gebäude hervor. Ein starker Wind wehte. Der Wall schien jetzt weit entfernt.

Aber sie waren am Ende der Straße angelangt, zu beiden Seiten streckten sich weite Plätze aus, eingefallene Räume, rätselhaft Trümmerhäuser oder Bäume — nur der Wall lag immer noch in der Ferne, so daß Kliski schließlich die Schuld zu verlieren begann. Er fühlte sich erschöpft und

zog seine Füße nur mühsam aus dem Morast, der immer tiefer wurde.

Die Gummischuhe hatte er längst verloren. Seine Bekleidung und der Mantelrand waren vom Schmutz durchdrängt.

Josselle führte Kliski direkt nach dem Stadtwall, doch bald ließ sich Markowski's Stimme vernehmen:

„Josselle, wohin denn? Geh über den alten Platz!“

Der Jude bog nach links ein und begann einen Kreis zu umschreiben. Kliski versank mehrere Male bis über die Knie im Morast. Josselle sprang ihm stöhnend zu Hilfe und rief:

„Au wei! Der Herr ist nicht gewöhnt, in unserem Morast zu gehen! Aber haben Sie keine Angst, Josselle zieht Sie heraus!“

Kliski hatte den Eindruck, daß man ihn absichtlich über den schlechteren Weg führte, aber die Strapaze war ihm weniger peinlich als der recht unangenehme Gedanke, daß man ihn verspottete, als man ihn so schwach und ihrer Gnade preisgegeben sah. Er schloß hinter sich jene schweigende Horde, deren Blick ihn durchbohrten.

Nicht er führte sie, sondern sie waren es, die ihn vor sich hertrieben, im Morast versinken ließen und bis zur Erschöpfung quälten. Und sie taten es in dunkler Finsternis und lautlosem Schweigen. Er aber mußte weitergehen und sich auf den Arm des überleuchtenden Gehilfen stützen, das mit seiner Lebendigkeit gewissermaßen ein Band bildete zwischen ihm und jenen Steinkolosse, die in dem unheimlichen Herbstgeheul flüschweigend emporkragten.

Plötzlich nahm Markowski eine Pfeife aus der Tasche, legte sie an den Mund und ließ einen gellenden Pfiff ertönen. Vom Stadtwall antwortete ihm ein gleicher, zitternder Pfiff.

„Das ist Barlamow!“ schrie Josselle, „das ist sein Pfiff... Er muß auf dem Wall sein. Er ist in der Nacht immer auf dem Wall. Ein sehr anständiger Mensch!“

Mit verdoppelter Energie stieß Josselle Kliski zum Wall hin. Dieser ließ alles mit sich gehen. Die Kraft hatte ihn verlassen. Sein Körper war von einem langjährigen Kampf um Arbeit und Stellung erschöpft und konnte nicht viel beitragen. Das er heute nacht vollbracht hatte, ging über seine Kraft.

„Der Herr muß aufpassen, wir klettern jetzt auf den Wall“, warnte Josselle.

Sie begannen zu klettern.

(Fortf. folgt)

Die Bekämpfung der Tuberkulose

Schönberg, 5. Febr. ... Die Bekämpfung der Tuberkulose ... der Tuberkulose sei es die Veranlassung ...

Nachforschungen nach vermissten Militärpersonen.

Trotz wiederholter Hinweise werden noch immer in großem Umfang Nachfragen nach Vermissten an Einzelpersonen ...

Die Preise für getragene Herrenkleider. Die Vorschläge des Reichsbedarfsamtes für das Säuglingsverfahren von getragener Herrenbekleidung sind nunmehr veröffentlicht worden ...

Einbürgerung der Paketannahme in Groß-Berlin. Montag, den 5., und Dienstag, den 6. Februar, wird die Annahme von gewöhnlichen Paketen sowie von Wert- und Einschreibepaketen zur Beförderung nach den Postämtern des Ober-Postdirektionsbezirks Berlin aufgenommen ...

Sezugsbehörde für Gefestigungspflichtige und Soldaten. Interoffiziere und Mannschaften, welche Strümpfe, Wäsche, sonstige Unterzeug oder Schuhwaren kaufen wollen, bedürfen dazu, wie amtlich mitgeteilt wird, einer Bescheinigung des nächsten Militärpostamtes ...

Erhöhung der Geldabfindung zur Selbstbefähigung. Die Geldabfindung zur Selbstbefähigung für einzelne Mannschaften wird mit Wirkung vom 1. Februar 1917 auf zwei Mark für die volle Tageslohn (einschließlich Brot) festgesetzt ...

Reklamationsgesuche. Nach einer neuen Verfügung des Kriegsaufsichtsausschusses erfolgt die Prüfung von Reklamationsgesuchen grundsätzlich durch die Kriegsaufsichtsstelle in den Garnisonen ...

Ausbeutung Kriegsbeschädigter. In einer Zuschrift an uns wird von jener Schwundwunde gewarnt, die gebliebenen und ertaubten Kriegsteilnehmern wertvolle Apparate als Hilfsmittel bei Gehör- und Sehstörungen anfertigen ...

Einführungsfeste in die Kammermusik finden wie in den Vorjahren für die Arbeiterjugend von Berlin in der Aula des hiesigen Gymnasiums, Klosterstraße 74, abends 8 Uhr, statt ...

Der hierle am Dienstag, den 20. März. Der Eintritt beträgt 30 Pf. Die Kostgänger werden erlucht, für eine rege Teilnahme zu sorgen.

Dem Zoologischen Garten wurde als interessanter Kriegsgegenstand eine schön herangekommene Wildin aus Raizen von den Offizieren einer dortigen deutschen Staffel überwiesen, die im Wolf- und Hundezwinger zu leben ist ...

Im Zoologischen Garten kostet an diesem Sonntag der Eintritt während des ganzen Tages für Erwachsene und Kinder nur 25 Pf. die Person; ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet ist ...

Einen schweren Kampf mit Eindringern hatten zwei Wächter in der Nacht zum Sonnabend in Waldmannslust zu bestehen. Gegen 3 Uhr stiegen die Wächter Stein aus Hermsdorf, ein Mann in den fünfziger Jahren, und der 66 Jahre alte Gemeindevächter Karl Krapat aus Waldmannslust dort vor dem Gemeindeamt in der Oranienburger Chaussee, als von Hermsdorf her zwei Männer mit einem Handwagen kamen ...

Aus den Gemeinden.

Gemeindevertreterwahl in Brih.

Heute Gemeindewahl in der 3. Abteilung. Gewählt wird mittags von 12-2 Uhr in der Turnhalle der Gemeindefehle, Berbersstraße 24. Kandidat der Partei ist der Genosse Wilhelm Dutenschön.

Jeder Wähler erscheine frühzeitig. Sein Parteigenosse lasse sich durch irgendein Wahlmandat von der Wahl abhalten.

Aus der Gemeindevertretung Weissenhof. Zu Vorstehenden des Kaufmannsgerichts wurden wiedergewählt Beigeordneter Dr. Ramroth, Syndikus Knothe, Professor Rahms. Auf Anregung der Regierung, die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege zu regeln, wurde der Ausbau des Arbeitsnachweises beschlossen ...

Lebensmittelnachrichten aus Charlottenburg. Auch in der kommenden Woche werden aller Voraussicht nach Kartoffeln nicht an die Bevölkerung abgegeben werden können. Als Ersatz für Kartoffeln werden auf die Doppelabgabe 41a, 41b und 41c der grünen Charlottenburger Kartoffelart 300 Gramm Gebäd, insgesamt also 600 Gramm Gebäd verabsichtigt ...

Zur letzten Lebensmittelanlage in Neußän. Vielfach eingelaufene Beschwerden von Neußänen Einwohnern, daß sie nicht in den Besitz der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Marmeladen, Marmeladen, Grieß, Trauben und Rubeln gelangen konnten, veranlassen den Magistrat, mitzuteilen, daß jedem Einwohner, der noch im Besitz der vorgeschriebenen Kartenabnahme ist, die ihm zustehenden Waren noch zugestellt werden ...

Diejenigen Geschäftleute, bei denen noch Waren vorhanden sind, werden erlucht, nach Rathaus, Zimmer 128 (Fernsprecher: Magistrat Neußän, Zeitung 118) bis spätestens Montag abend 7 Uhr Mitteilung zu erstatten, welche Warenbestände noch in ihrem Besitz sich befinden.

Auf die Abchnitte N, Q, U und Y der alten Haushaltskarten konnten noch nicht alle Familien Neußän beliefert werden. Insofern sie hiernach noch im Besitz dieser Abchnitte sind, wird ihnen dringend empfohlen, diese anzubekommen, da der Magistrat nachprüfen wird, die für diese Abchnitte bestimmten Waren noch nachträglich zu liefern oder in anderer Weise einen Ausgleich zu schaffen.

Lebensmittelnachrichten aus Neußän. In der Woche vom 5. bis 11. Februar 1917 wird bei der Abgabe von Mehl auf die Mehlabchnitte der Karte für die 10. Woche die Neußäner Haushaltungskarte dem Verkäufer zur Legitimierung als Neußäner Einwohner vorgelegt werden ...

Für den Monat Februar 1917 werden auf den Abchnitt H der neuen Neußäner Haushaltungskarte für jeden Haushalt drei Stücken Zätkaff abgegeben.

Neußän. Vom 5. bis 11. Februar erhalten auch die Familien mit vier und mehr Personen auf Grund der Haushaltungskarten Bier auf den Bierartenabchnitt 14, und zwar je Person ein Et. Da wegen des Frohweilers nicht genügend Kartoffeln aus dem Lager in die Verkaufsstellen geschafft werden können, ist eine Verordnung erlassen, in der an Stelle der Kartoffeln 300 Gramm Gebäd und 400 Gramm Mehl zugewiesen werden ...

Neußän. Vom 5. bis 11. Februar erhalten auch die Familien mit vier und mehr Personen auf Grund der Haushaltungskarten Bier auf den Bierartenabchnitt 14, und zwar je Person ein Et. Da wegen des Frohweilers nicht genügend Kartoffeln aus dem Lager in die Verkaufsstellen geschafft werden können, ist eine Verordnung erlassen, in der an Stelle der Kartoffeln 300 Gramm Gebäd und 400 Gramm Mehl zugewiesen werden ...

Best und Mehl fast Kartoffeln in Schöneberg. Auf die 10 St. Abchnitte Nr. 40 der Kartoffelkarte werden 300 Gramm Brot verabreicht. Auf Abchnitt 62 der Lebensmittelliste 300 Gramm Mehl und auf Abchnitt 66 der Lebensmittelliste 100 Gramm Mehl.

Gierverkauf in Nowawes. In der Woche vom 5. bis 11. d. M. sollen wieder Eier an die Bevölkerung zur Verteilung kommen, doch sieht noch nicht sehr, in welcher Anzahl. Die Zähler von Eierkarten haben den Kartenabchnitt 7 bis Montag, den 5. d. M., bei demjenigen Händler abzugeben, von dem sie die Eier zu beziehen wünschen. Der Händler hat über die abgegebenen Kartenabchnitte dem Verteiler eine Quittung auszuhändigen. Anmeldungen nach dem 5. d. M. bleiben unberücksichtigt.

Neue Stiegler Kriegsanleihe. Die Gemeindevertretung stimmte in geheimer Sitzung dem Antrag des Gemeindevorstandes zu, die schon genehmigte Anleihe von zwei Millionen auf drei Millionen zu erhöhen.

Charlottenburger Beratungsfeste für Geschlechtskranke. Die Sprechstunden der städtischen Beratungsfeste für Geschlechtskranke im Charlottenburger Krankenhause, Kirchstr. 19/20, wo alle, die an einer solchen Krankheit leiden oder zu leiden glauben, unentgeltlich untersucht und beraten werden, finden von jetzt an sowohl für Männer und Frauen dreimal wöchentlich, und zwar Montag und Freitag von 12-1, Mittwoch abends von 7-8 statt.

Aus aller Welt.

Der kalteste Tag seit hundert Jahren ist in den Rheinlanden der vorgezogene 2. Februar gewesen. Vom Rhein wurden 28, aus der Hochsee 36 Grad Rälte gemeldet.

Schwere Beurteilung eines Kriegsbetrügers. Der Kaufmann Kaupp in Wien hatte die Verpflegung eines Militärregiments übernommen und war dazu vom Österreich entlassen worden. Er geriet durch Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates zu 15 Jahren schweren Kerker verurteilt.

Parteiveranstaltungen.

Stieberg. Mittwoch, 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Blauenhöfer, Wilmerslag 1, findet eine Versammlung der neu zur Gesamtpartei führenden Genossen statt. Um rege Beteiligung bitten K. Reemann, Georgstr. 13.

Karlshorn. Dienstag, 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Pöter, Dönhofsstr. 8, findet eine Versammlung der neu zur Gesamtpartei führenden Parteigenossen statt. Um rege Beteiligung bitten C. Alsdorf, Hentigstr. 35.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiterjugend. Heute abend 7 1/2 Uhr im Lokal von Dömel, Weininger Str. 8; Abends 8 1/2 Uhr, Lagerordnung: Besprechung über Erhöhung der Beiträge. Restwahl eines Ausschusses. Abends 8 1/2 Uhr, Musikabend bei Weininger, Köpcke Str. 5. Freitag, abends 8 Uhr, Musikabend bei Dömel, Weininger Str. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stieberg, 3. 17. 20, täglich abends 8 Uhr Montag bis Freitag von 8 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 10 bis 6 Uhr. Jeder für den Briefkasten bestimmenden Antrag ist ein Zugabe und eine Zahl als Unterschrift beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht möglich. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beiliegt, ist, werden nicht beantwortet. Gütige Freigabe trägt man in die Sprechstunde der Besuche, Schriftstücke und bergreifen bringe man in die Sprechstunde mit.

4. 2. 23. Da Sie die Vereinbarung nicht schriftlich getroffen haben, so geht der Mehlvertrag nach den alten Bedingungen weiter und zwar auf die Dauer eines Jahres. - 5. 2. 23. In letztem Gelde wäre an die von Ihnen angegebene Adresse zu richten. - 6. 2. 22. 1. Die Unterfertigung wird gewöhnlich nicht gesandt, wenn sich in den Verhältnissen nichts geändert hat. 2. Kein 3. Ja, ihrem Einkommen entsprechend. 4. Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. - 7. 2. 21. 1. und 2. Ja. 3. Das braucht nicht angegeben zu werden. 4. Bei einem Gesamterwerb von 30 000 M. - 8. 2. 20. 1. Ja. 2. Kommt auf die Verzinsung der betrreffenden Bundesanleihe an, die wir nicht kennen. - 9. 2. 1. Es sind nur Strafen bis zu sechs Monaten durch die Anstalten zu verhängen. - 10. 2. 7. Die Abfindungssumme würde 950 M. betragen. - 11. 2. 6. 2. 5. Der Wert kann nicht genau angegeben werden, die Werte zu ermitteln. - 12. 2. 15. Die Mutter erbt nicht mit, nur die Kinder. - 13. 2. 128. Oden. Wenn die Mutter nachweist, daß sie vorher von den Söhnen unterstützt wurde, kann sie Unterhaltung beanspruchen. Sie können sich beschwerden, wenn die unterstützenden Vorteile zu gering sind. - 14. 2. 1. Ja. 2. An den Romagnols. 3. Bescheinigung zum Ein-Beim. Dienst. 4. Der Antragsteller muß in der Regel heimlich an der Front gewesen sein. - 15. 2. 8. Der Wert kann die Befreiung des Kantons verlangen. Der Betrag würde auch für den eventuellen Schaden haften müssen. - 16. 2. 27. Ja, sie können ohne nachträgliche Klärung zum Heeresdienst eingezogen werden. - 17. 2. 21. 1. Auf Grund dieser Ausmusterung können Sie sich als militärisch um die Stellung bewerben. Eine Nachmusterung ist allerdings nur möglich, wenn Sie sich als unbeschädigt ausweisen. 2. Sie würden Ihnen empfehlen, sich von der dortigen Firma eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, daß zur Befreiung dieser Maschine dort niemand zu haben ist. Auf Grund dieser Bescheinigung werden Sie einen Post, der dem Vollzeitspräsidenten eingeholt ist, erhalten. - 18. 2. 2. Die Hlter bezieht sich nicht auf Krankenbesuche, es ist wahrscheinlich die Nummer der Versicherungskarte. - 19. 2. 1. Sie müssen das Gesamteinkommen zur Steuererklärung angeben. 2. Auch die Abchnitte sind nicht anders als in Friedenszeiten. 3. Darüber sind Artikel im "Vorwärts" bereits erschienen. - 20. 2. 1. Kein. 2. Besondere gesetzliche Bestimmungen bestehen darüber nicht. Die Verweisung kann gegeben auf Grund des Rechts, das die Mutter beim der Ermahn über die Religionsbestimmung des Kindes hat. - 21. 2. Antrag ist beim Bezirksamt eingereicht. Röhnung und Selbstigungsgeld haben Sie bis 20. Januar zu beantragen. Ihre Frau hat Anspruch auf Unterhalt bis 15. Februar. - 22. 2. 20. Der uneheliche Vater ist zur Erhaltung der Kosten verpflichtet, da er gegenwärtig im Felde steht. Können Sie von ihm nichts erlangen. Ihnen steht noch aber die Kriegswohlfahrt zu, die schon zwei Wochen vor der Einbürgerung bezahlt werden kann. 2. Kein. - 23. 2. 100. Es besteht zwar keine Verpflichtung zur Zahlung der vollen Mietunterhaltung. Wenn Ihnen der Wohn unannehmbar ist, so können Sie unter Zurücklegung der Verzinsung der Bescheinigung beim Militärämter des Magistrats, Berlin, Köpcke Str. 67, einreichen. - 24. 2. 126. Nein, die Nachmusterung kann ohne weiteres erfolgen. - 25. 2. 34. Die Unterfertigung kann der Regierung mitgegeben werden, wenn sie durch Arbeit so viel verdient, daß Bedürftigkeit als nicht mehr vorliegend angenommen wird. - 26. 2. 1000. Nach Einwohnerzahl: Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Köln, Breslau. Nach der Hlme: Köln, Hamburg, München, Leipzig, Berlin, Breslau. - 27. 2. Auch dies ist möglich, aber jedenfalls leidet die Qualität darunter. - 28. 2. 1. Goldschmidt, Unterhaltung in der Brandenburgischen Nr. 14, 30 B. Zu beziehen durch unsere Buchhandlung, Lindenstr. 8. - 29. 2. Können nur leider nicht helfen. - 30. 2. 5. Ueber die geschäftliche Seite dieser Genossenschaft sind wir nicht unterrichtet. - 31. 2. 8. Für Berlin besteht eine vom Magistrat veranstaltete Gewerbe-Verlosung- und Unterhaltungskarte "Anhalt" (Bureau im Rathaus), aus deren Mitteln alle Dienstverpflichteten nach langjähriger Diensten bei eintretender Gewerbeunterschiedlich mit Geld unterstützt werden in einem Altersheim verpflegt werden können. Auch der Berliner Hausbauverein gibt für langjährige Dienste den Hausangehörigen der Dienstlichen, die keine Mitglieder sind, Unterhaltungen in deren Geld oder Gütern (Wohnung).

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Montag mittags. Im Nordosten nachts noch schwach, mit leichten Schneefällen, mäßiger Frost. In den anderen Gegenden zunächst trocken und vielfach heiter bei strengem Frost, Später etwas milder.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

Dörner, Ernst, Dreher,
geb. 22. 6. 93 in Berlin.

Finke, Franz, Schmied,
geb. 21. 3. 90 in Berlin.

Knopp, Emil, Schlosser,
geb. 29. 11. 77 in Berlin.

Nain, Friedrich, Revolverdreher,
geb. 24. 8. 88 in Berlin.

Natz, Friedrich, Schlosser,
geb. 6. 5. 91 in Spandau.

Püsching, Gustav, Arbeiter,
geb. 3. 4. 83 in Bresen.

Riedel, Richard, Klempner,
geb. 23. 5. 95 in Köpenick.

Schmoeck, Adolf, Dreher,
geb. 15. 8. 91 in Köpenick.

Schröder, August, Schlosser,
geb. 20. 1. 77 in Alt-Platz.

Sternkiker, Otto, Presser,
geb. 8. 12. 94 in Neudöhlen.

Vedder, Richard, Dreher,
geb. 10. 1. 97 in Schöneberg.

Wawrzyniak, Eduard, Schlosser,
geb. 21. 9. 94 in Berlin.

Zimpel, Paul, Schleifer,
geb. 23. 7. 79 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

129/11 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf den Schlachtfeldern gefallen sind:

Der Maler **Karl Müller, Bezirk Neutölln,**
am 10. September 1918.

Der Maler **Paul Müller, Bezirk Neutölln,**
am 12. Dezember 1916 im Lazarett.

Der Maler **Andreas Kronewald, Bezirk Hildersdorf,**
am 2. Januar 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Julius Krüger** am 1. Februar im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Friedhofes in Stahndorf aus statt.

71/14 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 1. Februar 1917, verstarb unser Mitglied, der Töpfer **Oskar Köppe** im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Köpenicker Friedhofes in Neuzohn aus statt. (Der passende Zug fährt vom Bahnhof Friedrichsfelde nachmittags 2 Uhr 14 Minuten.)

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Georg Matke** am 1. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenpark-Friedhofes in Köpenick aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

129/12 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener **Max Graf** am 27. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener **Richard Rindfleisch** am 28. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 21. Juli 1916 in russischer Gefangenschaft mein imiggeheiter Kollege, unser Vater, Sohn und Bruder, der Mechaniker **Karl Melcher** am 21. 8. Komp., im 34. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetäubt an die trauernde Witwe **Anna Melcher** geb. Schmidt nebst Kindern **Frida** und **Erna**, **Karl Melcher** und Frau als Eltern.

Paul Melcher als Bruder, zugleich in Garnison.

Dein Wunsch war heiß: Auf Wiedersehen!

Daß um so größer ist der Schmerz, Da dieses nicht mehr kann geschehen. Ruhe sanft in Friedesland.

Den Heldentod ihres Vaterland

starb am 7. Januar 1917

unser lieber Sohn, lieber Bruder, Schwager, Onkel, Cousin und Neffe, der Musiker **Gustav Neek** im 20. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzvoll an **Die trauernden Eltern, Geschwister Julius Neek** nebst Frau **Luise** nebst Tochter **Stefan** nebst Schwager, zugleich im Felde, **Emma Kakuschky** als Schwester nebst Sohn **Fritz Kakuschky** als Schwager, zugleich im Felde, **Mario Schröter** als Schwester nebst Tochter **Paul Schröter** als Schwager, zugleich im Felde, **Berta Meier** als Schwester nebst Tochter **Willi Meier** als Schwager, zugleich im Felde.

Berlin, Kottbuser Straße 11.

Allen früh und fern der Heimat werden sie Dir ein Grab während der Feiern des 100. Jahrestages einweihen. Daß ein Wiedersehen es gab. Da traf uns die Trauerkunde, Daß Dein Leben schon entflohen. O, wie ich an den Heranströmenden und Dein Tod, lieber Sohn, Du schau nicht unrecht diesen Tränen.

Nicht das gebrochene Ältern, Nicht Deiner Brüder bitterer Schmerz, So schla' denn wohl, Du lieber Sohn und Bruder, Ruhe sanft!

Als Opfer des Weltkrieges

starb am 23. Januar, nachmittags 4,15 Uhr, mein lieber Mann, meines Kindes lieber Vater, der Barbier

Franz Okupnik Wiener Straße, im 30. Lebensjahre.

Dies zeigen im tiefen Schmerz an **Die trauernden Hinterbliebenen** **Ella Okupnik** geb. Thoms, als Witwe, **Eise Okupnik**, als sein liebes Kind.

Allen Freunden und Bekannten

die Nachricht, daß Frau

Marie Kramer geb. Rehböck, Birkenstr. 53, am 2. Februar 1917, nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist.

Frau Kramer.

Beerdigung: Montag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Johannis-Kirchhofes in Köpenick.

Am 15. Januar starb im Felde

unser Kollege, der Hausdiener

Otto Wendt im Alter von 45 Jahren.

In tiefem Schmerz **Witwe Veria Wendt** und Angehörige.

Da früh verließ Du die Deinen, Die in der Heimat bittere Tränen um Dich weinen. Dein letzter Wunsch war nur ein Wiedersehen.

Es kann auf Erden nun nicht mehr geschehen. Wenn Liebe könnte Wunder tun Und Tränen Tote wecken, Dann würde Dich, mein lieber Mann, Nicht kalte Erde decken.

Als Opfer des Weltkrieges

starb am 3. Januar 1917

unser lieber Kollege, der Schlosser **August Dittmann** Berlin 8, Böddiker, 14.

Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen des Werkzeughandels **Rabenhof, Berlin.**

Männer-Quartett „Sangeslust“

Als weiterer Opfer des Weltkrieges beklagen wir den Verlust unseres lieben Sangesbruders **Otto Schwarz** Kaufmännischer Beamter, aus und eifriges Antreiber führen ihn ein 18366

ehrendes Andenken!

Der Vorstand.

Ruder-Verein „Vorwärts“

Am 18. Januar 1917 ist unser Sportgenosse **Johannes Pietsch** an Lungenerkrankung verstorben.

Sie werden sein Andenken in Ehren behalten.

Ortskrankenkasse

der

Mechaniker, Optiker

und verwandten Gewerbe

zu Berlin.

Als Antrag des Vorstandes und Beschluss des Verwaltungsausschusses der Ortskrankenkasse vom 17. Januar 1917 werden die **Mehrleistungen** der §§ 19 Absatz 1, Nr. 1 Absatz 2; § 20 letzter Absatz und § 21 Absatz 2 sowie die Änderung des § 31 Absatz 2, erster Satz mit Wirkung vom 27. Januar 1917 eingeführt.

Druckentwürfe der seit Kriegsbeginn wieder eingeführten Leistungen werden vom 5. Februar 1917 ab im Stellenlokal ausgeben.

274/3 Berlin, den 3. Februar 1917.

Der Vorstand.
H. Gutschke, Vorsitzender.

Königliche Eisenbahndirektion

33 8. 5.

Salz, den 2. Februar 1917.

Von Sonnabend, den 3. Februar d. J., ab fällt der Schnellzug **D 11** (Frankfurt (Main) —) Weihenfeld — Halle (an 9^u, ab 9^u) — Sitterfeld (an 10^u, ab 10^u) — Berlin Anst. Bahnhof (an 12^u) fort.

Von Sonntag, den 4. Februar d. J., fällt der Schnellzug **D 20** Berlin Anst. Bahnhof (ab 9^u) — Ludwigsfelde (ab 10^u) — Halle (an 11^u, ab 12^u) — Weihenfeld (— Frankfurt (Main)) fort.

Spezialarzt

Dr. med. Coleman f. Geschlechtskrankh., Haut-, Nerven-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinleiden, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber **Friedrichstr. 81,** Panoptikum **Königsstr. 34-38,** Friedrichstr. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonn- 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separate Damenzimmer.

Spezialarzt

Dr. med. Wöckentuf, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), 19 Syphilis, Narn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- 225/15* störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11-1 und 6-8.

Bekanntmachung.

Städtische Volkspeisung.

Zur zweckmäßigen Verrichtung des Volksbrotens bei der Ausgabe des Öffens in den Angehörigen wird die Vorauszahlung der Zehnerportionen für eine ganze Woche vom Montag, den 5. Februar, ab ausgesetzt. Der diesbezügliche Gebrauch machen will, hat in der Zeit von Montag bis Donnerstag jeder Woche gelegentlich der Aufnahme der Zehnerportionen für die folgende Woche gleichzeitig den Betrag für die ganze folgende Woche vorwärts gegen Einzahlung eines besonderen Quittungsbogens zu entrichten.

Die Vorauszahlung ist nur für die ganze Woche einschließlich Sonntag zulässig. Die Verzinsung ist nur zulässig, wenn sie mit der handhabungsfähigen Unterhaltung des Anstaltens verbunden ist; sie dürfen nur zum Ankauf von Mehl und Speisewaren verwendet werden; vom Lebensmittel vor der abgesetzten Abgabe des Volksbrotens oder der Speisekarte sind unzulässig, das gleiche gilt von Abgaben, die nicht an demselben Tage, für den sie gelten, eingeleistet werden.

Berlin, den 1. Februar 1917.

Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.

Verband der Sattler u. Portefeuille

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Militärsattler. Achtung!

Mittwoch, den 7. Februar 1917, abends 7 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Vortrag des Stadtk. Genossen Ad. Ritter: Das Einkommensteuergesetz und die Arbeiter.
3. Jahresbericht der Branchenleitung.
4. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Branchenleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Lützenstr. 83-85

Achtung!

Der Vorstand des Verbandes hat zum 27. Juni d. J. den fälligen Verbandstag nach Köln a. Rh. einberufen.

Die Ortsverwaltung hat zwecks Stellungnahme zum Verbandstag eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin zum Sonntag, den 11. März d. J. festgesetzt. In dieser Generalversammlung sollen auch die Anträge, die eventuell von Berlin zu stellen sind, beraten werden.

Die der Generalversammlung vorausgehenden Bezirksversammlungen finden am Montag, den 26. Februar statt.

Anträge zum Verbandstag, die in den Bezirksversammlungen und der Generalversammlung zur Verhandlung kommen sollen, müssen spätestens am 21. Februar in den Händen der Ortsverwaltung sein.

Die Ortsverwaltung.

Glühpunsch-Extrakt

Liter M. 3.55.

Bitte ausdrücklich nicht unter 6 Liter

Hermann Führer, Berlin O.,
Marallstr. 31.
Tel.: Amt Städtische 2945.

Harzer Kanarien!

Kolte Tag- u. Nachtvögel, Stüd 12, 15 u. 20 Stk. Garantie leb. Gut u. Gehalt. **Lorenz, Restaurant,** Dresden A., Drebzgaße 5. 9/15

Bücher und Zeitschriften

Jeber Art liefert die Buchhandlung **Worms**. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung sowie die Buchhandlung **Worms** entgegen.

Münzen

kauft **Hell, Münzenhdlg.,** Berlin Wilhelmstr. 46/47. 21/27

Wassermöhen

unsterblich. Blühter des Weltweit, Blühter der Weltweit. In jedem Garten zu haben. **Wassermöhen**. Seit 25 Jahren mit vieljährig. Erfolg. **Worms**. 34/2. 50 Otto Reidel, Berlin 40, Städtischestr. 4.

Zuviel Steuern?

Die Steuerersparnisse gehen den Steuerzahlern in den nächsten Wochen zu.

Auskunft gibt

über die Höhe der zu zahlenden Steuern, über die abzugsberechtigten Ausgaben und alle anderen wissenschaftlichen Fragen auf diesem Gebiet das Buchlein **Führer** durch das preussische Einkommensteuergesetz Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister. **Vierte Auflage** Preis 40 Pfg.

H. Pfau, Bandagist

Berlin **Direksenstraße 20** goldenen Bahnhof Alexanderplatz und Goltzstraße. — Amtl. Kart. 3208. Für Damen Frauen-Bandagen. * Wirksam für alle Krankheitsarten

Kennen Sie die Wohltat

einer **Leibbinde?** Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie **Bruchbandagen** aller Art. Artikel z. Gesundheit- u. Krankenpflege **Pollmann, Bandagist** Berlin N., Löhninger Str. 60. * Lieferant für Krankenkassen.

Großes Lager!!

Kostbare Pelzmäntel aus Seal-Hisam, Seal-Electric, Pariser, Fohlen, beste Felle gediegenste Arbeit, hervorragende Modelle, auch schlafender Gesehnuskerlebung.

Entscheidende Pilzhelmkästel Seal-Pilzhelm, Seide-plüsch, kurz und lang, auf bestem Futter, wundervolle Ausführungen, Mohair, Plüsch, Astrachan- und Krimmarmäntel in einfacher aber gediegener Ausführung.

2 Abteilungen Kostüme und Mantelkleider

Modelle, hochelegante Kostüme, Samt, Seide, Kommode, einisch Kostüme aus besten Stoffen u. solider Ausführung aller Art.

Praktische Uster und Mantelkleider Einzelne Prachtstücke (Modelle), milchige gediegene, beste Stoffe, auch einische gediegene Mäntel für soliden Geschmack. **Fackelpfer (Covercoat)** Staubmäntel.

Gummil- u. Imprägnierte Seidenmäntel mit passender Kappe in den entzückendsten Farbenstellungen. Gledienformen, bessere Aufmachungen. Einfache Gummimäntel aus gediegener, praktischer Stoffe, Härtegummimäntel in aller Ausführung.

Kleinere Modelle in Seidenkleidern, Rücken hocheleganter, mittlerer und einfacher Ausführung.

Auswahlendungen nach solchem halb gegen Anziehung. Sonntag geöffnet 12-2 Uhr. Passendes für stärkste Figuren vorrätig.

Westmann

1. Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 115**

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung

